

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Widerstand und Selbsthilfe



Foto: Leicht

Schwerpunkt Agrarindustrie

Das Bündnis „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ konzentriert den wachsenden Widerstand gegen eine industrielle, tierquälerische Massentierhaltung. Bäuerinnen und Bauern wollen sich nicht zu Sklaven der Konzerne machen lassen. **Seite 2 und 12-13.**

Milch

Die Faire Milch ist im Handel, symbolischer Ausdruck dafür, dass Milchbauern und Bäuerinnen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Aber noch entscheidender ist, dass dies auch beim Milchboard gelingt, das Kartellamt gibt grünes Licht. **Seiten 5-7 und 14.**

Gentechnik

Auch neueste Umfragen ergeben: Weder Bauern noch Verbraucher wollen Gentechnik, nicht im Essen, nicht im Tierfutter und sie wollen auch nicht den Konzernen und ihren miesen Machenschaften die Macht über unsere Lebensmittel überlassen. **Seiten 16-17**

Die Seite 3	
Abstimmung mit dem Frühstücksei?	3
Agrarpolitik	
EU: Umverteilung großes Thema	4
Kartellamt rät: Bündelt Euch!	5
Frische Farbe im Bundestag	10
Das Ende der Impfung	18
Milch	
Erzeugerpreise hängen an regionalen Bedingungen	6
Internationale Verantwortung	7
Entstehung von Regionalmolkereien	20
Bewegung	
Bayern in Bewegung	8
Endlich wirklich faire Milch	8
BDM-Young gründet sich	14
Märkte	
Bio und billig passen nicht zusammen	11
Schwerpunkt	
Agrarfabriken oder Bauernhöfe	12
Vereint unter dem Logo mit dem Ringelschwanz	13
Ackerbau	
Auf fruchtbarem Boden	14
Nachbau	
Ein Jahr unter besonderem Blickwinkel	15
Die Agrarkrise erreicht die Landtechnikbranche	15
Gentechnik	
Maissaatgut aber bitte gentechnikfrei	16
Mit Knebelverträgen und Patenten zum Weltmarktführer	17
Weitere Themen	
Aus Stall, Feld und Umfeld: zu Besuch bei Ulrich von Bonin und Matthias Ristel, Seite 9; Landleben, Seite 19; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23	

Inhaltsverzeichnis

Egal ob Tierschützer, Verbraucher oder Bauer – die Fernsehbilder von PETA über die Tierquälereien in einem „Wiesenhof“-Stall können nur Übelkeit und Empörung hervorrufen. Es geht nicht um Einzelfälle, sondern um agrarindustrielle Haltungssysteme, bei denen Tiere eine durchrationalisierte Sache und Billigware sind und Bauern Knechte der Konzerne. Wesjohann-„Wiesenhof“ erstattet gar Strafanzeige gegen seine total abhängigen Mäster, weil die das Wüten der konzerneigenen Kolonnen nicht unterbunden hätten. Das soll die Verantwortung für die dem System immanente Tierquälerei auf die Vertragslandwirte schieben, die so anstelle des Konzerns an den Rand der



Kommentar

Bürgerinitiativen und Bauern

Illegalität gedrängt werden. Ein Sprecher der sogenannten Hähnchenerzeuger-Vertretung, verquickt mit Bauernverband und Agrarindustrie, wird von Wiesenhof vorgeschickt und redet von „einzelnen schwarzen Schafen“.

Die immer neuen Agrarfabriken vergrößern Überschüsse und Preisdruck, bei den exportbedrohten Bauern in Übersee genauso wie bei den Schweine- und Geflügelhaltern hierzulande. Wo ein Großstall die zulässigen Grenzen der Geruchsbelastung ausschöpft, wird kein Bauer jemals mehr einen Stall bauen können. Die Promotion des Bauernverbands mit den mit ihm verflochtenen Verbänden der Eier- und Geflügelkonzerne droht die Landwirtschaft gesellschaftlich zu isolieren. Das Gerede von Funktionären, die Landwirtschaft erfülle ja nur die „Anforderungen des Marktes“, verkennt, dass auch jeder einzelne Bauer eine Verantwortung und Würde hat und haben will.

Gründe genug, weshalb die allermeisten Bauernfamilien gegen Agrarfabriken und Agrarindustrialisierung sind. Mehr als Grund genug, jetzt nicht mehr nur sympathisierend den Bürgerinitiativen zuzusehen, sondern sich aktiv einzumischen. Es geht jetzt (!) um die Weichenstellung „Bauernhöfe oder Agrarfabriken“ – um die Zukunft oder das Ende der Höfe und der bäuerlichen Landwirtschaft. Da kann man seinen Bündnispartnern nicht nur zuschauen, sondern muss selber aktiv werden.

Dieses Engagement fällt leichter, wenn es sich um außerlandwirtschaftliche Investoren handelt. Es ist aber auch notwendig gegen eigene Berufskollegen, die sich – aus welcher halbwegs nachvollziehbaren Gründen auch immer – in die agrarindustriellen Konzernstrukturen eingliedern. Zum Vergleich: Auch wenn Berufskollegen auf ihren Feldern Gentechnik zulassen, muss man sich dagegen wehren.

Ein Bündnis von Bauern mit Tier- und Umweltschützern ist alles andere als problemfrei. Viele Bauern haben Erfahrungen und Befürchtungen, dass auch sie wegen Kleinigkeiten angeprangert oder angezeigt werden. Viele Verbraucher (darunter übrigens auch Verbraucher aus der Landwirtschaft) reden und fordern – und kaufen doch agrarindustrielle Billigware. Das alles mag mehr oder weniger stimmen. Es gibt aber keinen anderen erfolgversprechenden Weg als das Bündnis mit diesen gesellschaftlichen Gruppen. Dazu gehört auch Streit um eine echte Solidarität und die Konzentration auf die wesentlichen gemeinsamen Forderungen.

Das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ hat diese Vorarbeit geleistet und einen Rahmen für dieses Bündnis geschaffen. In der direkten Konfrontation mit den drohenden Agrarfabriken konzentriert man sich leichter auf das Wesentliche und auf die Gemeinsamkeiten, ändert man wirklich und nachhaltig sein Kaufverhalten. Zum Beispiel, indem man mit gemeinsamen Unterschriftenlisten zum örtlichen Metzger geht und ihn bittet, probeweise Neuland- oder Biofleisch in die Kühltheke zu legen.

Eckehard Niemann

AbL-Sprecher im Bündnis „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Anneke Jostes: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertiebsstück 1 K 12858E

Abstimmung mit dem Frühstücksei?

Käfigverbot sorgt in der Eierbranche für Veränderungen

Vielen Verbrauchern verdirbt schon länger das Bild des gequälten Huhns im engen Käfig den Appetit aufs Frühstücksei, aber nun greifen sie im Supermarkt auch zunehmend für ein paar Cent mehr zu Eiern aus alternativen Haltungssystemen. Seit Jahren verändern sich die Marktanteile der verschiedenen Haltungssysteme zu Gunsten des Tierwohls. Machte die Käfighaltung im Jahr 1991 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes noch 97 Prozent aus, sank der Anteil dieser Haltungsform bis zum Jahr 2008 auf gut 62 Prozent. Bereits 2001 folgte die damalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast mit dem Verbot der Käfighaltung dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches diese Form der Haltung als nicht tierschutzgerecht einstufte. Damals sah es zeitweilig so aus, als ob den deutschen Legehennen schon kurzfristig ein Leben in einem Käfig, welcher gerade mal die Größe eines DIN A4-Blattes an Platz pro Henne vorsieht, erspart bliebe. Doch das folgende Gerangel zwischen Tierschützern, Vertretern der Geflügelindustrie, Verbrauchern und Handel nahm noch einige Jahre in Anspruch. Seit Januar diesen Jahres wird in Deutschland nun endlich keine Henne mehr in einem herkömmlichen Käfig gehalten. Das Nachfolgemodell stellt die aus Tierschutzsicht nur wenig bessere sogenannte Kleingruppenhaltung in „ausgestalteten“ Käfigen dar. In den anderen EU Ländern gilt das Käfighaltungsverbot ab 2012.

Anders als gedacht

Mit der Umsetzung des Verbots setzt sich der Strukturwandel innerhalb der Haltungsformen sprunghaft in Richtung tiergerechtere Systeme fort. Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft gibt an, dass nur ca. 5 Prozent der rund 4.000 deutschen Hennenhalter im Haupterwerb auf Kleingruppenhaltung umstellen. 70 Prozent entfallen auf die Bodenhaltung, 15 Prozent auf Freilandier und weitere 5 Prozent auf die Biohaltung. Die Hennenhalter rüsten kaum auf die Kleingruppenhaltung um, da Käfigeier fast nur noch von der verarbeitenden Industrie und von Großverbrauchern abgenommen werden. Mengenmäßig betrifft das rund die Hälfte der in Deutschland verkauften Eier. Etwa 30 Prozent davon gehen an die Nahrungsmittelindustrie, die restlichen 20 Prozent werden von Großverbrauchern abgenommen. In der verarbeitenden Industrie zählt vor allem der Eierpreis. Für deutsche Hennenhalter ist es wenig lohnend, in die Kleingruppenhal-

tung zu investieren und dann im Preiskampf mit ausländischen Eierproduzenten zu konkurrieren. Bisher konnten sie einen Teil der Käfigeier aus den alten Anlagen über den Lebensmitteleinzelhandel vermarkten und somit die niedrigeren Preise der an die Industrie verkauften Eier ausgleichen. Damit ist es nun vorbei. Die großen Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels haben Käfigeier beinahe vollständig aus ihrem Sortiment verbannt. Obwohl sich dieser Trend schon seit ein paar Jahren abzeichnet, der Branchenriese Aldi Nord verkauft zum Beispiel schon seit 2004 keine Käfigeier mehr, zeigen sich Vertreter der Eierindustrie nun erstaunt angesichts dieser Entwicklung. „Es hat uns überrascht, dass der Handel der Branche die Haltungsform diktiert“, äußerte sich beispielsweise Thomas Janning vom

dass diese allein über knapp 50 Prozent der deutschen Produktionskapazitäten verfügt. Ein Umbau der Anlagen wurde teilweise nur zögerlich in Angriff genommen und ist nun noch nicht vollständig abgeschlossen. Vor allem die „Deutsche Frühstücksei“ spekulierte auf eine Beibehaltung der Käfige. Der Konzern versuchte darüber hinaus vergeblich, den ausgestalteten Käfig als „ideales Haltungssystem“ zu etablieren, um im Falle des Verbots der herkömmlichen Käfige nicht auf die für Großbetriebe kostengünstigere Bodenhaltung umstellen zu müssen. Die durch den Umbau leer stehenden Anlagen sorgen nun für Eierknappheit auf dem deutschen Markt. Zudem sind einige kleinere und mittlere Hennenhalter aus der Produktion ausgestiegen, da sie die hohen Investitionskosten

ders die großen Betriebe Norddeutschlands profitierten wegen ihrer langfristigen Verträge mit dem Handel derzeit nicht von den hohen Erzeugerpreisen. Kleinere Betriebe ohne langfristige Lieferverträge, welche bisher eher für den süddeutschen Raum typisch seien, könnten hingegen Preisvorteile für sich geltend machen. Heitlinger hält 40.000 Hühner in Boden- und Freilandhaltung und beliefert vor allem kleinere, privat geführte EDEKA und REWE Läden. Auch wenn er vertraglich nicht dazu verpflichtet sei, wolle er „mit den Preisen nicht durch die Decke gehen, um langjährige Kunden nicht zu verprellen.“ Die Verbraucher merken bisher wenig von den gestiegenen Preisen. Hält die Eierknappheit jedoch an, könnte sich das ändern. „Ostereier“, schätzt Heitlinger, „werden sehr teuer.“



Die Kleinvoliere: Zu Recht als ein neuer Käfig entlarvt.

Foto: Big Dutchman

Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft im Dezember letzten Jahres gegenüber der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*. Darüber, ob der Handel nun plötzlich seine Liebe zum Huhn entdeckt hat, ob er auf das veränderte Verbraucherbewusstsein reagiert oder ob er gar vorausschauend aus Angst vor möglichen Kampagnen handelt, darf spekuliert werden.

Teure Ostern?

Mit dem Inkrafttreten des Verbots der herkömmlichen Käfige macht sich eine Verknappung des Eierangebots in Deutschland bemerkbar. Die Eierbranche wird in Deutschland durch die großen Konzerne mit jeweils mehreren Millionen Hennenplätzen „Deutsche Frühstücksei“, „Eskildsen-Gruppe/Landkost-Ei“, „Gutshof-Ei“ und „Gold-Ei“ dominiert. Landkost Ei/Eskildsen gehört über eine gegenseitige Beteiligung zur Gruppe „Deutsche Frühstücksei“, so

sten für den Stallumbau abgeschreckt haben. Der Selbstversorgungsgrad für Eier fiel in Deutschland von knapp 70 Prozent in 2008 auf ca. 50 Prozent in 2009. Die Versorgungslücke wird zu großen Teilen mit Eiern aus den Niederlanden geschlossen. Hier haben Hennenhalter früher reagiert und auf Bodenhaltung umgestellt. Die Käfigeier für die verarbeitende Industrie stammen vor allem aus Polen und Spanien. Besonders am Spotmarkt macht sich die mit der Verknappung des Angebots einhergehende Preissteigerung bemerkbar. Hier werden jedoch nur 7 bis 8 Prozent der in Deutschland verbrauchten etwa 17 Milliarden Eier gehandelt. Der weitaus größere Teil ist über langfristige Lieferverträge an feste Preise gebunden und der Lebensmitteleinzelhandel somit weitgehend gegen Preisschwankungen vorerst abgesichert. Georg Heitlinger, Hühnerhalter aus Baden-Württemberg, spricht von einem gespaltenen Eiermarkt. Beson-

Hühner auf dem Hof

Dass Deutschland das Verbot der Käfige zwei Jahre früher als andere Länder umsetzt, könnte heimischen bäuerlichen Erzeugern mit alternativen Haltungssystemen Marktvorteile sichern. Die bisher dominierenden Eierkonzerne verlieren derzeit Marktanteile, da sie nicht rechtzeitig umstellten. Aufgrund der Versorgungslücke suchen Vertragspartner aus dem Eierhandel Eier aus heimischer Erzeugung und bieten laut der *niedersächsischen Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung* den Landwirten langfristige Abnahmeverträge zu interessanten Konditionen. Die Gunst der Stunde haben auch Bauern aus der bisher eher durch Massentierhaltung bekannten Weser-Ems-Region erkannt und bereits Mitte 2006 eine „Interessengemeinschaft alternativer Hühnerhaltung e.V.“ (IaH) gegründet. Gründungsmitglieder sind Bauern, die neu in die Hennenhaltung eingestiegen sind und sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch treffen. Mittlerweile zählt die IaH 30 Mitglieder und verfügt über ein umfangreiches Beratungsangebot, eine Internetseite befindet sich im Aufbau. Henning Legtenborg, erster Vorsitzender und Mitbegründer der IaH, blickt optimistisch in die Zukunft. „Die Hennenhaltung in Deutschland oder sogar in der gesamten EU ist im Umbruch. Märkte müssen sich neu finden, und das dauert seine Zeit. Bäuerliche Familienbetriebe, die es schaffen, unter hohen Hygienevorgaben gute Eier zu produzieren, werden sich nach meiner Meinung sehr gut am Markt behaupten können“, ist er überzeugt. aj

Kontakt IaH: 0173-8623157
oder iah@gmx.de.

Stickstoff-Leitfaden gegen Agrarfabriken

Gegen den geplanten „Stickstoff-Leitfaden“ machen derzeit Bauernverband und Agrarindustrie mobil. Diese auf einer EU-Vorgabe beruhende Regelung bei Bauanträgen für Großställe (gemäß BImSch – Bundes-Immissionsschutz-Gesetz) würde nicht nur – wie bisher – die gasförmigen Ammoniak-Emissionen einer Großanlage berücksichtigen, sondern die vom gesamten Betrieb ausgehenden Stickstoffeinträge in benachbarte Ökosysteme (1 km Radius), und zwar inklusive der regionalen Vorbelastung. BImSch-pflichtige Ställe oberhalb von 1.500 Mast- und 560 Sauenplätzen würden dann kaum noch genehmigt, zumindest nicht ohne teure Gutachten oder Abluftreinigung. In der Pilotregion NRW wird der Leitfaden schon angewandt, ab 2010 können ihn alle Länder übernehmen. Kritiker der Agrarfabriken sehen in ihm ein wesentliches Instrument für die Umsetzung der Forderung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ pm

Lindemanns Macht reicht nicht

Ein normaler Umstrukturierungsprozess sei es, die Entlassung von Agrarstaatssekretär Gert Lindemann aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium, so die offizielle Begründung. Intern wurde herumgereicht, dass seine Chefin Ilse Aigner sich oft wie eine Sekretärin von dem 62-jährigen behandelt gefühlt habe. Lindemann wurde häufig als mächtigster Mann des Bundeslandwirtschaftsministeriums gehandelt, schon unter Aigners Vorgänger, Horst Seehofer, der ihn 2005 aus dem niedersächsischen Agrarressort nach Berlin holte, galt er als graue Eminenz, der sich mit viel Fachkompetenz in die Niederungen der agrarpolitischen Detailauseinandersetzungen an den Verhandlungstischen in Brüssel und überall begab. Dort vertrat er dann zuverlässig die Position des Bauernverbandes, der in ihm einen mächtigen Verbündeten hatte. „Vielleicht hat Lindemann zu wenig zur Kenntnis genommen, dass sich die Machtverhältnisse im Agrarbereich geändert haben und dass auch in der Landwirtschaftspolitik eine innovative Vielfalt der Interessen eher den gesellschaftlichen Anforderungen entspricht“, kommentierte denn auch der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe von Baringdorf Aigners Rauswurf. Besonders unter niedersächsischen Agrarfachleuten stößt der scharfe Schnitt hingegen auf Unverständnis. Lindemann selbst machte deutlich, dass er nicht auf eignen Wunsch gehe. Seine Nachfolge wird der bisherige Leiter der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) Robert Kloos bereits zum 1. Februar antreten. cs

BVVG darf wieder verkaufen

Die Aufhebung des Ausschreibungsstopps für Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG), die den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen in Ostdeutschland regelt, scheint nur noch ein Frage der Zeit. Nachdem das Bundeslandwirtschaftsministerium im vergangenen Jahr den Verkauf von Flächen durch die BVVG gestoppt hatte, einigten sich nun offenbar Bund und Länder auf neue Modalitäten, nach denen er wieder aufgenommen werden soll. „Interne Arbeitspapiere aus dem Bundesfinanz- und dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) vom September 2009, die der AbL vorliegen, machen zusammen mit gezielten Presseveröffentlichungen in Sachen BVVG die Misswirtschaft der Vergangenheit deutlich und zeigen, wie das ostdeutsche Agrarkartell die weitere Privatisierung steuert. Das BMELV stellt fest, dass von den BVVG-Flächen vor allem die ohnehin schon flächenstarken LPG-Nachfolge-Betriebe profitieren. Das ist insofern spektakulär, als noch jede Bundesregierung nach 1990 die Bevorteilung dieser Gruppe leugnete“, hatte Jörg Gerke, AbL-Bauer aus Mecklenburg-Vorpommern die bisherige Situation zusammengefasst. Die Neuregelung sieht nun weiterhin eine Bevorzugung der LPG-Nachfolger vor, indem sie ihnen nochmals eine Möglichkeit der Pachtverlängerung verschafft (viele Verträge laufen in den nächsten zwei Jahren aus), um bei knapper Kassenlage den Kauf zeitlich nach hinten schieben zu können. Auch in der Frage, wie viel BVVG-Flächen ein Betrieb in Abhängigkeit von seinen BVVG-Pachtflächen kaufen darf, gibt es nun noch mehr Vorteile für die bisherigen Profiteure. cs

Kurzes am Rande

EU: Umverteilung großes Thema

West gegen Ost. Nord gegen Süd. Pauschal gegen leistungsorientiert

Das Geschacher um den EU-Agrarhaushalt hat hinter den Kulissen längst begonnen. Es geht zwar erst um die Jahre 2014 und folgende, also um die Zeit nach Ablauf der noch knapp vier Jahre laufenden Finanzperiode der EU. Aber die EU-Kommission arbeitet intensiv an ihren ersten Vorschlägen, die sie für kommenden Herbst angekündigt hat. Und so versuchen jetzt alle Seiten, die Kommission auf die für sie passende Spur zu setzen oder von für sie unpassenden Wegen abzubringen. Das ist die Zeit höchst diplomatischer Aussagen, die nur selten verständlich und konkret sind, dafür aber immer von klaren Interessenslagen geprägt.

Ein Papier aus Kiel

Aufsehen erregte vor der Grünen Woche die noch relativ neue schleswig-holsteinische Ministerin Juliane Rumpf (CDU) mit einem Papier, das immerhin ein paar konkrete Vorschläge enthält. So will sie die Direktzahlungen (1. Säule) nur noch an solche Betriebe ausgezahlt wissen, die „ca. 5 bis 7 %“ ihrer Fläche stilllegen „und/oder unmittelbar zugunsten der Biodiversität, des Wasser- oder des Bodenschutzes wirken zu lassen“, wozu auch Hecken, Gewässer- oder Ackerrandstreifen zählen sollen. Damit würde den Zahlungen eine erkennbare „Dienstleistung der Landwirtschaft“ für diese „Grundprämie“ gegenüberstehen.



Karten neu gemischt? Foto: Herbert/pixelio

Ein weiterer Vorschlag lautet, die Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete aus der 2. Säule in die 1. Säule zu packen und das dann „Zusatzprämie“ der 1. Säule zu nennen. Dabei denkt Kiel nicht an die klassische Ausgleichszulage, sondern an eine, die sich auf die Gebiete nach FFH- und Vogelschutz-, Wasserrahmen-, Meeresstrategie und anderen EU-Richtlinien bezieht. Und spätestens da wird deutlich, dass der Vorschlag aber vor allem der leeren Landeskasse in Kiel geschuldet ist: Die 1. Säule – so das Kalkül an der Küste – wird wohl auch weiterhin ganz von der EU bezahlt, während die Fördermaßnahmen der 2. Säule wohl weiterhin zu einem Teil vom Land kofinanziert werden müssen. Also möchte Kiel möglichst viel von der 2.

Säule in die 1. Säule packen. Käme das so, wäre der relative Vorteil von Ländern wie Österreich oder Bayern weg, die sich über die Jahre einen starken Haushalt für die 2. Säule aufgebaut haben.

Während in dem „Rumpf-Papier“ keine Zahlen stehen, nennt ein Vorpapier aus ihrem Haus für die Grundprämie 150 bis 200 Euro/ha und für die Zusatzprämie 50 Euro/ha. Gegenüber den 358 Euro/ha, die in Schleswig-Holstein für das Jahr 2013 an Direktzahlungen flächendeckend erwartet werden, wäre das eine Kürzung um 30 bis 45 Prozent.

Starke Kürzung erwartet

Das zeigt schon, welche Kürzungen hinter den Kulissen erwartet werden. Das gilt auch für den Deutschen Bauernverband (DBV): In seinem Monatsblatt „Bauern-Korrespondenz“ beschreibt der DBV drei „Szenarien der Agrarpolitik 2014-2020“. Im „Szenario I: Status Quo plus“ beziffert der DBV die Direktzahlungen der 1. Säule mit „>250 Euro/ha“. Die anderen beiden „Szenarien“ sehen mit 200 Euro/ha bzw. „ca. 100 Euro/ha“ noch geringere Direktzahlungen vor.

Auf der Grünen Woche indes gibt sich die DBV-Spitze als die Verteidigerin der Direktzahlungen und erweckt den Eindruck, das heutige Niveau der Zahlungen könne für die Betriebe gehalten werden. Angesprochen auf das Kieler Papier sagte DBV-Chef Gerd Sonnleitner in Berlin: „Ich gehe noch nicht auf Details ein.“ Entscheidend sei jetzt, das Gesamtbudget zu retten.

Selbst wenn das Gesamtbudget der EU für Direktzahlungen beibehalten wird, ist jedoch eine Kürzung der Zahlungen in Deutschland sicher. Denn die jungen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten drängen vehement darauf, dass ihre Zahlungen je Hektar deutlich an das noch wesentlich höhere Niveau der alten EU-Staaten angenähert werden. Würden alle heutigen EU-Direktzahlungen in der EU auf ein gleiches Niveau gebracht, ergäbe das laut Bundesministerium BMELV rund 260 Euro/ha. Diese Angleichung geht dem BMELV zu weit. Ministerin Ilse Aigner (CSU) hat auf der Grünen Woche Kriterien genannt, die Deutschland möglichst hohe Direktzahlungen sichern sollen: Für die Zuteilung der EU-Gelder auf die einzelnen Staaten könnten die Höhe der Pachtpreise, die Lebenshaltungskosten oder auch die Arbeitskosten eines jeden EU-Landes als Kriterien herangezogen werden, sagte Aigner auf Nachfrage. Je höher diese Kosten, desto mehr Geld sollen die EU-Staaten aus dem EU-Topf für Direktzahlungen erhalten – das ist die Devise. Man darf gespannt sein, ob diese Logik auch auf die betriebliche Ebene heruntergebrochen wird. uj

Kartellamt rät: Bündelt Euch!

Milcherzeuger bisher ohne „signifikante Marktmacht“. Preisbindung für Milch Board in Grenzen erlaubt. Grenzen sind aber noch lange nicht erreicht

Die Milcherzeuger sind in der Lebensmittelkette Milch das schwächste Glied. Dieser Befund zieht sich quer durch den „Zwischenbericht der Sektoruntersuchung Milch“, den das Bundeskartellamt am 11. Januar veröffentlicht hat. Von allen bisher diskutierten Vorschlägen, wie die Stellung der Milchbauern am Markt verbessert werden kann, sehen die Wettbewerbsbehörden das Zusammenschließen in Milcherzeugergemeinschaften als beste Maßnahme an.

Das Bonner Kartellamt hat den Milchmarkt über alle Stufen – von den Erzeugern über die Molkereien bis zum Handel daraufhin untersucht, ob oder inwieweit der Wettbewerb beeinträchtigt ist. Ausgelöst worden ist diese Untersuchung durch verschiedene Beschwerden und Anfragen, u.a. vom Deutschen Bauernverband (DBV), der die Behörde offenbar zur Überprüfung des Vorgehens des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) im Milchstreik-Jahr 2008 aufgefordert hatte. Das Amt schreibt dazu: „Der DBV hat angefragt, ob eine Kalkulations- oder Preisempfehlung kartellrechtlich zulässig ist.“

Erzeuger ohne Macht

Aus Sicht des Amtes ist „das Verhältnis der Milcherzeuger zu den Molkereien (...) durch eine Machtungleichverteilung zu Gunsten der Molkereien gekennzeichnet“. Weil die „Marktstufe der Milcherzeuger (...) fragmentiert“, aber „die Marktstufe der Molkereien stärker konzentriert“ sei, hätten die Bauern „keine signifikante Marktmacht“, so der Bericht. Die schlechte Machtposition der Bauern macht das Kartellamt nicht nur an den langfristigen Lieferbindungen zu den Molkereien fest, sondern vor allem am bisher fehlenden Einfluss auf die Preisbildung, die von oben nach unten verlaufe.

Dabei sieht die Lage der Bauern in Genossenschaftsmolkereien laut Kartellamt keinesfalls besser aus als in privaten, eher umgekehrt: „Eine Preisbildung aus Sicht des Erzeugers („bottom up“) findet – wenn überhaupt – nur gegenüber privaten Molkereien statt, eine Preisbildung „upside down“ („der Erzeuger bekommt, was je nach Umsatz auf den Absatzmärkten übrig bleibt“) findet gegenwärtig im Verhältnis der genossenschaftlichen Molkereien gegenüber ihren Genossen statt“, so der Bericht. Diese Preisbildung von oben nach unten biete „weniger Anreize“ für die Genossenschaften, bei deren Abnehmern (z.B. Handel) „einen höheren Abschluss zu erzielen, als wenn sie (die Genossenschaften) zunächst den Milchauszahlungspreis mit ihren Genossen aushandeln würden“.

Diese schlechte Machtposition der Bauern gegenüber den Molkereien hängt auch nach Ansicht des Amtes mit den Überschüssen am Markt zusammen: „In einer Phase des Marktes, wo es (wie gegenwärtig) ein größeres Angebot an Rohmilch gibt, als nachgefragt wird, verlagert sich das Machtgleichgewicht zu Gunsten der Molkereien.“ Das Amt sieht derzeit keine Mehrheit in der EU für eine geregelte Drosselung des Angebotes, außerdem sei das auch gegen die Interessen der Exportmolkereien gerichtet. Als einzigen Ausweg für die Bauern, aus der schwächsten Position am Markt herauszukommen, sehen und empfehlen die Wettbewerbsbehörden das Zusammenschließen in Erzeugergemeinschaften. Milchbauern, bündelt Euch – das ist kurz gesagt die Handlungsanweisung des 137 Seiten dicken Berichts. Dabei unterscheidet das Amt ausdrücklich nicht zwischen Genossen und Erzeugern, die an private Molkereien liefern.

Milch Board, Bayern-MEG

Das Amt nennt als die zwei größten Milch-Erzeuger-Gemeinschaften (MEG) das Milch Board (MEG Milch Board), das vom BDM initiiert worden ist, und die Bayern-MEG, die nah am Bayerischen Bauernverband steht. Das Milch Board ist bekanntlich auch für Genossen offen, Mitglieder dürfen weiterhin in ihren bestehenden Lieferverträgen bleiben, und handelt daher nur mit wenig Milch. Die Bayern MEG dagegen ist allein auf Lieferanten von Privatmolkereien beschränkt, erfasst aber auch die Milch seiner Mitglieder. Das Milch Board hat nach eigenen Angaben knapp 25.000 Mitglieder (ein Viertel aller deutschen Milcherzeuger). Die Bayern MEG hat zwar weniger Mitglieder, bündelt laut Kartellamt aber immerhin 30 Prozent der in Bayern an Privatmolkereien gelieferten Milch.

Beide MEGs müssen nicht mit einem Einschreiten des Kartellamtes rechnen: Das Amt schreibt: „Die Erzeuger nutzen die ihnen vom Gesetzgeber eingeräumten Spielräume bisher allerdings allenfalls ansatzweise aus.“

Erlaubte Preisbindungen

Der Bericht beschäftigt sich eingehend mit den Möglichkeiten von MEGs, die ihnen der Gesetzgeber insbesondere im Marktstrukturgesetz bewusst eingeräumt hat. Danach „sind insbesondere Preisbindungen zulässig“, schreibt das Amt und erläutert: „Erzeugergemeinschaften können damit im Innenverhältnis zu ihren Mitgliedern ebenso die Preise festsetzen wie im Außenverhältnis zu ihren Abnehmern.“ Erlaubt ist

das laut Kartellamt solange, wie „die Erzeugergemeinschaft den Wettbewerb auf dem Markt nicht ausschließt“ – und meint damit den Wettbewerb der Molkereien um die Rohmilch. Eine kritische Grenze könne bereits erreicht sein, „wenn Molkereien in einer Region keine Bezugsalternative für die Beschaffung ihrer Rohmilch mehr haben“. Der Bündelungsgrad in einer Region ist also entscheidend, nicht der bundesweite. Das Kartellamt schreibt weiter: „Eine flächendeckende (bundesweite) Preisvereinbarung mit der Forderung eines Basismilchpreises schließt national den Wettbewerb um Rohmilch aus, wenn [Anm.: also erst dann, wenn] Molkereien und andere Nachfrager nach Rohmilch auf dem betreffenden regionalen Markt nur noch zu einem Einheitspreis (oder teurer) einkaufen können.“ Solange sie in ihrer Region noch billiger an Milch kommen können, ist ein bundesweite Preisvereinbarung einer MEG mit einem Basismilchpreis also aus Sicht des Amtes erlaubt. Gegenwärtig bestehe kein Anlass, kartellrechtlich gegen das Milch Board oder gegen andere MEGs vorzugehen, ergänzt der Bericht.



Unschuldiges Gebäude, weitreichende Entscheidungen: Das Bundeskartellamt
Foto: Bundeskartellamt

Der aBL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf sagte auf der Grünen Woche: „Für die Milchbauern ist es oberste Aufgabe, Weltmeister im Bündeln ihrer Milch und ihrer Interessen zu werden.“ Der Vizepräsident des DBV Udo Folgart meinte laut DBV-Pressemeldung dagegen, „nötig sei, dass Molkereien ihr Angebot bündeln.“ Letztere Meinung vertritt das Kartellamt nicht. *uj*

Vertikale Kartelle
Nachdem das Bundeskartellamt kürzlich Preisabsprachen zwischen Kaffeeröstern ahndete, geraten jetzt die Handelskonzerne Rewe, Edeka, Metro, Lidl/Kaufland, Rossmann und Fressnapf gemeinsam mit Herstellern von Süßwaren, Kaffee und Tiernahrung in den Verdacht illegaler Preisabsprachen über mehrere Stufen der „Wertschöpfungskette“. Während die Handelskonzerne bei Molkereiprodukten, Fleisch und anderen Agrarprodukten einen totalen Preiswettbewerb praktizieren, erhöhen sie offenbar ihre Gesamtspannen durch die Vereinbarung von Preisuntergrenzen mit Markenherstellern aus der Ernährungsindustrie. *pm*

Erzeugerpreise hängen an regionalen Bedingungen

Ein Gespräch mit Henry Njakoi aus Kamerun über den Zynismus von Agrarministerin Aigner beim Thema Welternährung und das Leben der Milchbauern in seinem Land

Exporte von Milchpulver aus Deutschland und der EU haben in Kamerun dazu geführt, dass vergangenes Jahr eine Molkerei schließen musste. Die Dumpingimporte haben das lokale Preisniveau unterboten. Damit ist für die Kleinbauern dieser Molkerei ein wichtiger Abnehmer für ihre Milch verloren gegangen. Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner scheute sich nicht, auf der Grünen Woche in Berlin vor einem Heer von Journalisten zu sagen: Diese Molkerei habe zu teuer produziert. Henry Njakoi von der Organisation Heifer International vertritt Milchproduzenten in Kamerun und war bei Aigners Presseauftakt dabei.

Bauernstimme: Was sagen Sie zur Aussage der deutschen Landwirtschaftsministerin?

Njakoy (er schüttelt den Kopf): Die Molkerei hat den Bauern 62 Cent pro Liter Milch gezahlt. Um die Notwendigkeit dieses Preises zu verstehen, muss man sich die Produktionsbedingungen vor Ort genau anschauen.

In Deutschland geht man immer davon aus, dass die Landwirtschaft in Afrika eher von geringen Produktionskosten geprägt ist.

Ja, das ist auch der Fall, wenn man allein die Produktion auf den Betrieben betrachtet. Der Faktor, der den Preis für die Milch nach oben treibt, sind die Transportkosten.

Wie kann man sich das vorstellen. Fährt alle zwei Tage ein Tankwagen durch die Savanne und sammelt die Milch ein?

Die Bauern bringen ihre Milch größtenteils selbst zur Molkerei, beziehungsweise vermarkten sie direkt. Das geschieht auf ganz unterschiedliche Weise. Entweder zu Fuß oder mit dem Fahrrad, aber auch mit dem Moped wird der Transport bewerkstelligt. Manchmal sogar mit dem Taxi, dann muss man aufpassen, dass der Fahrer nicht zu schnell fährt und einen Unfall baut.

Über welche Entfernungen wird die Milch transportiert?

Die meisten Bauern sind marginalisiert und leben weit weg von den Städten. Da kann man sagen, dass bis zu den großen Städten im Durchschnitt etwa 80 Kilometer zurückgelegt werden müssen. Im günstigen Fall sind es kleine Städte im Umkreis, in denen Bauern ihre Milch absetzen können. Dann betragen die Entfernungen zwei bis zehn Kilometer.

Ist es für die Bauern ein Problem, Ab-

tät und für die heimischen Milchbauern. Die Nachfrage nach Milchprodukten steigt in Kamerun. Da gibt es enorme Potentiale, diese Nachfrage durch eine eigene Milchwirtschaft zu decken.

Noch mal zu den Betrieben und ihrer Tierhaltung. Wie muss man sich einen solchen Betrieb vorstellen.

Über 40 Prozent der Milchbauern haben nur eine Kuh. Daneben bauen sie Nahrungsmittel für die Versorgung der Familie und für das Futter der Tiere an. Die Betriebe sind zwar klein, aber sehr vielfältig aufgebaut.

Ihre Organisation hat sich zur Aufgabe gemacht, die Milchviehhaltung weiter voranzutreiben. Wie gehen Sie dabei vor?

Wir haben eine Kampagne mit dem Namen „Pass on the gift“. Dabei schenken wir Familien eine Kuh. Die Beschenkten kümmern sich um das Tier, lernen den Umgang und die Versorgung. Das erste Kalb der Kuh wird von den Besitzern aufgezogen und weiter vergeschenkt, wenn es in einem ähnlichen Alter ist wie die Kuh, die sie einst bekamen. Dadurch breiten sich die Tierhaltung aber auch das Wissen kontinuierlich aus.

Warum gerade Kühe und Milchproduktion? Sie könnten auch Saatgut verteilen?

Die Milchproduktion hat den Vorteil, dass sie für die Bauern eine kontinuierliche Einnahmequelle darstellt. Ihre Ernte können sie nur einmal im Jahr verkaufen. Nach einem Unwetter eventuell gar nicht.

Sie haben erzählt, dass viele Familien nur eine Kuh besitzen. Aus wie vielen Personen besteht eine Familie?

In der Regel sind es 8 bis 15 Personen, die als Familie von der Landwirtschaft leben. Nicht selten gibt es Waisen, deren Eltern an Aids gestorben sind. Dann werden diese Kinder über die Dorfgemeinschaft und eben aus der Landwirtschaft mit versorgt. Viele Erwachsene ziehen in die Stadt. Dort gibt es aber nicht genug Arbeit. Während

die Männer zu Tagelöhnern werden oder ins kriminelle Milieu abrutschen, werden viele Frauen zu Prostituierten. Aids ist ein großes Problem.

Kann Ihr Projekt diese Entwicklung stoppen?

Wir sehen, dass unser Projekt den Menschen wieder eine Perspektive gibt. Sie kommen zurück in die Dörfer, weil sie hier ihren Lebensunterhalt erwirtschaften können. Sie lernen den Umgang mit den Tieren und verbessern ihre Wirtschaftsweise. Es entstehen Netzwerke und soziale sowie kulturelle Strukturen.

Was verstehen Sie unter Netzwerken?

Zum einen stellen wir fest, dass die Bauern, um die Leistung ihrer Tiere zu verbessern, gerne auch Reste aus der Reis- und Baumwollproduktion verfütern. Damit schaffen sie für die Reisbauern und die Mühlen einen neuen Absatzmarkt, eine regionale Wertschöpfung. Die Bauern schließen sich zusammen und beginnen, ihre Vermarktung oder den Transport gemeinsam zu organisieren, damit die Kosten sinken. Zum anderen steigt die Bildung der Menschen vor Ort. Wenn die Familien genügend Geld haben, können sie ihre Kinder zur Schule schicken. Sie können selbst Bauern werden, die dann aber besser ausgebildet sind und ihr Wissen positiv nutzen.

Was fordern Sie von der Agrarpolitik?

Die Regierung muss den Aufbau und den Erhalt der Milchwirtschaft im Land unterstützen. Derzeit sieht die Regierung in Kamerun auch große Potentiale in der heimischen Milchwirtschaft. Das liegt mit an unserer Öffentlichkeitsarbeit. Gleichzeitig müssen die zerstörerischen Importe von billigen Milchmassenwaren unterbunden werden. Da spielt in unserem Land auch die Korruption eine Rolle. Diese verhindert, dass der bestehende, wenn auch geringe Zollschutz genutzt wird. Daran müssen wir noch arbeiten. Von der EU fordern wir, die Milchexporte in unser Land einzudämmen, damit wir eine eigene Milchwirtschaft aufbauen können.

Vielen Dank.

Das Gespräch führten Marcus Nürnberger und Berit Thomsen

Heifer Project International hat ihren Hauptsitz in den USA und unterstützt in mehr als 40 Ländern weltweit ländliche Projekte.



Dr. Henry Njakoi auf der Abl-Milchtagung in Berlin

Foto: Gehrman

nehmer für ihre Milch zu finden?

In der Regel nicht. Die Nachfrage ist groß und steigt mit der wachsenden Produktion weiter an. Das Problem ist die Konkurrenz durch billiges, importiertes Milchpulver und billige Butterölimporte. Verarbeiter greifen auf diese Importwaren zurück, um Kosten einzusparen. Die daraus hergestellten Milchprodukte und die so entstandene „Milch“ sind deutlich günstiger als die aus heimischer Produktion. Das drückt auf die Preise, die unsere Milchproduzenten am Markt erzielen.

Was bedeutet das für die Armutsbekämpfung?

Diese Entwicklung ist ein Signal an die heimischen Investoren, die Finger von der Milchwirtschaft zu lassen. Das wiederum hat fatale Folgen für einen wirtschaftlichen Aufbau in den ländlichen Räumen, für die Ernährungssouveräni-

Internationale Verantwortung

Bäuerinnen und Bauern aus aller Welt fordern die Stärkung regionaler Märkte und bäuerlicher Strukturen

„Im letzten halben Jahr 100 US-Dollar Verlust je Kuh und Monat gemacht, weil die Erzeugerpreise eingebrochen sind“, sagt John Kinsman, Milchbauer in den USA und Generalsekretär der National Family Farm Coalition (NFFC). „In Indien sinken die Produzentenpreise“, berichtet der indische Milchbauernvertreter Vija Jawandhia von der BKU Dairy Convenor. Im Getreidebereich etwa seien durch staatliche Produktionsanreize die Preise unter Druck geraten. „Das ist ähnlich wie in Deutschland bei der Milch“,

(IFCN), einem Milch-Forschungszentrum in Kiel: „Die jährliche Steigerung in der Milchproduktion findet zu 80 Prozent in Entwicklungsländern statt und ist dort hauptsächlich den Kleinbauern zuzuschreiben.“ Er zeigt dazu Fotos von Bauern in China, Kenia, Indien, Brasilien und Ägypten, die weniger als 10 Kühe haben. Die Schlussfolgerung in seinem Vortrag ist: Eine Milliarde Menschen leben weltweit von der Milchwirtschaft und das ist mit ein Grund, der die lokale Milchproduktion zu einem wichtigen Instrument der

Kurzes am Rande

Ostendorff fordert Bündelungsoffensive

Eine „Bündelungsoffensive bäuerliche Milcherzeugung“ hat Friedrich Ostendorff, agrarpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion, von der Bundesregierung gefordert. Das Bundeskartellamt habe in seinem aktuellen Bericht zum Milchmarkt ausführlich beschrieben, dass der Milchmarkt aufgrund der Übermacht der Molkereien stark verzerrt sei, und empfehle daher, durch die Bündelung der Erzeugung das Machtungleichgewicht wieder herzustellen, so Ostendorff. Die Bundesregierung sei hier gefordert, mit einer gezielten bundesweiten Kampagne den Zusammenschluss der Milcherzeuger unabhängig von Molkereien und Genossenschaften zu unterstützen. Als Beispiel könne hier die bestehende bundesweite Milcherzeugergemeinschaft Milch Board dienen. Mit dieser Bündelungsoffensive sollten die Marktkräfte nachhaltig gestärkt werden, „anstatt wie die Koalition weiter auf Subventions-Milliarden zu setzen“, so Ostendorff. pm

Glycerin-Fütterung

Die in etlichen Milchviehställen üblich gewordene Zufütterung von Glycerin steigert nach einer Untersuchung der LVA Hofgut Neumühle im mittleren Laktations-Stadium weder Futteraufnahme noch Milchleistung. pm

Danone-Riesenstall

Wie der Infodienst *Agriholland* berichtet, baut der französische Milchkonzern Danone für seinen Rohstoff-Nachschub derzeit eine Mega-Milchviehanlage in Ägypten für 2.500 Kühe. pm

Splitting-Müller

„Künstlich verkleinert“ hat laut *Spiegel* der Milchmilliardär Theo Müller seine Großmolkerei im sächsischen Lepersdorf, um mehr Subventionen zu bekommen. Demnach wurde die Molkerei (1,5-Milliarden Liter jährlich) 2002 auf dem Papier in viele kleine Tochtergesellschaften zerlegt, weil die Förderquoten dafür bis zu 27,5 Prozent betragen (für Großbetriebe nur 5 bis 15 Prozent). Das brachte Müller 40 Millionen ein. Die parallel versprochenen 144 neuen Dauerarbeitsplätze machte Müller zwar wahr, strich aber nahezu zeitgleich 165 Jobs in Westdeutschland. Zur mangelnden Prüfung und Kontrolle mag das sächsische Finanzministerium bis heute nicht Stellung nehmen – wegen des „Steuergeheimnisses“. pm



Lebhafte Diskussion: (v.r.) Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Dr. Henry Njakoi, Thomas Dosch (Moderation), John Kinsman und Asaah Mdambi
Foto: Gehrmann

stellt Jawandhia fest.

Noch bevor Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner ihren internationalen Agrargipfel Mitte Januar in Berlin zum Thema Welternährung abgehalten hatte, bei dem die Zivilgesellschaft nicht anwesend und auch nicht erwünscht war, hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen die internationale Milchtagung: „Die Milch macht's – Weltweite Agrarpolitik und Ernährungssouveränität“ in der Hauptstadt veranstaltet. Vor den mehr als 100 Teilnehmern referierten Bäuerinnen und Bauernvertreter aus den USA, aus Indien, Kenia, Kamerun und Deutschland.

Exportsubventionen schaffen Hunger

„Das Landwirtschaftsministerium und mit ihm auch Ministerin Aigner stützt seit langem eine Agrarpolitik, die den Interessen der Agrarindustrie zur Eroberung der Weltmärkte dient“, kritisiert AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Welche Folgen das für die Armutsbekämpfung hat, verdeutlicht der Wissenschaftler Asaah Mdambi vom International Farm Comparison Network

Hungerbekämpfung macht.

„Es macht keinen Sinn in der EU die Milchquote anzuheben, wenn die Nachfrage stagniert oder sogar zurück geht“, sagt Josef Sayer, Hauptgeschäftsführer von Misereor. Dadurch werden billige Exporte mit Massenwaren überhaupt erst notwendig und Dumping möglich. Neben der Milchpolitik des weltweit größten Milchproduzenten Europäische Union muss auch der Handel gestaltet werden, damit in den Ländern kostendeckende Erzeugerpreise erzielt werden können. „Wir sind nicht gegen Welthandel“, stellt Henry Njakoi aus Kamerun von der Organisation Heifer International klar, „wenn wir aber Milch importieren, dann auf unserem Preisniveau.“

„Die Sicherung der Welternährung liegt in der Stärkung der bäuerlichen und klimaverträglichen Landwirtschaft mit einer Ausrichtung auf die regionale Versorgung“, fasst Graefe zu Baringdorf zusammen und fügt hinzu: „Wir müssen die Endlichkeit des Öls in die gesellschaftliche Debatte bringen, als ein Argument für die bäuerliche Landwirtschaft.“

Berit Thomsen

Milchtagung 2010

Von AbL, KLJB und Universität Kassel
Montag, 1. März 2010, 9.30 Uhr – 16.30 Uhr
In der katholischen LVHS Hardehausen,
34414 Warburg-Hardehausen

Bündeln für eigene Verhandlungskraft

Mit folgenden Referenten (u.a.):

- Eva-Maria Schulze, Bundeskartellamt, Berichterstatterin der Sektoruntersuchung Milch
- Romuald Schaber, BDM-Vorsitzender
- Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Vorsitzender
- Alice Endres, MEG Milch Board, Geschäftsführerin
- Josef Jacobi, Upländer Bauernmolkerei
- Daniel Kusche, Universität Kassel

Tagungsgebühr: 20,00 Euro (inkl. Mittagessen).

Anmeldung und Informationen bei:

AbL, Ulrich Jasper, info@abl-ev.de, Tel.: 02381-9053171
Tagungsort: www.landvolksbohochschule-hardehausen.de

Ausstellung zu Nazi-Verführung

Noch bis zum 14. März 2010 geöffnet ist im Nürnberger Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände die Ausstellung „Reichserntedank 1933-1937. Ein Volk dankt seinem Verführer“ über die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg bei Hameln. Sie zeigt, wie das vordergründige Fest des „Landvolks“, der deutschen „Stämme“ und Landschaften in Wahrheit die Kulisse für die Selbstinszenierung des NS-Regimes bildete. Das Reichserntedankfest diente der Einschöpfung der bäuerlichen Bevölkerung auf die Ziele des Nationalsozialismus und damit der Vorbereitung auf den Krieg. Für Schulklassen und Erwachsenengruppen können jederzeit unter der Telefonnummer 0911 231-56 66 eigene Führungen gebucht werden. *pm*

Bauern stoppen EON

Einen Baustopp für das größte Monoblock-Kohlekraftwerk Europas der EON hat die Bauernfamilie Greiwing aus Waltrop durch eine Normenkontrollklage beim Oberverwaltungsgericht Münster erstritten. Die Stadt Datteln, so das Gericht, habe im Bebauungsplan gegen Auflagen des Klima-, Natur- und Lärmschutzes und gegen Vorgaben im Landesentwicklungsplan verstoßen. Auch sei bei einem Störfall der Schutz der Menschen nicht genügend beachtet. Die Familie Greiwing, deren Schweinemast- und Ackerbaubetrieb direkt unter dem Kühlturm gelegen hätte, betonte hinsichtlich der Bau-Lobby: „Der Druck war enorm!“ Zur Durchsetzung des Baus hat der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP nunmehr das Landesentwicklungsgesetz geändert, so dass die Stadt Datteln daraufhin einen neuen Flächennutzungsplan vorlegen kann. Auch gegen die Nichtzulassung der Revision klagen die EON und die Stadt Datteln. Der BUND will weiter gegen das Projekt klagen. Bleibt es beim Urteil, muss die Anlage zurückgebaut werden. *pm*

Tiergerechtigkeit fördern

Die Agrarinvestitionsförderung der Jahre 2000 bis 2006 hat kaum zu einer Verbesserung der Tiergerechtigkeit bei der Haltung von Mastschweinen geführt. Die Hälfte der Investoren hätte den Stall auch ohne die Förderung gebaut. Das ergab eine Untersuchung von Angela Bergschmidt (von-Thünen-Institut) und Dr. Lars Schrader (Friedrich-Loeffler-Institut). Die Bewertung erfolgte nach dem „Nationalen Bewertungsrahmen Tierhaltungsverfahren“ des KTBL. Die Anforderungen und Prämissen, so die Wissenschaftler, sollten auf eine besonders tiergerechte Haltung ausgerichtet werden und in erster Linie in den Problemreichen Mastschweine, Mastbullen und Geflügel ansetzen. *pm*

Markt für artgerechte Tierhaltung

Auf der diesjährigen Grünen Woche in Berlin stellte der Neuland-Verein für eine artgerechte Tierhaltung eine wissenschaftliche Studie der Universität Göttingen vor, aus der hervor geht, dass es eine Verbrauchernachfrage von 20 % für Fleisch aus artgerechter Tierhaltung gebe, bislang der Marktanteil für solche Produkte nur 1 % betrage. Die beiden Autoren der Studie konstatierten ein Marktversagen aus den unterschiedlichsten Gründen. Eine Lösung könne die Entwicklung eines europäischen Tierschutzlabels sein, das verbindliche Kriterien einer artgerechten Tierhaltung definiert. Einen Schritt in Richtung mehr artgerechter Tierhaltung machten derweil die Niederlande, in dem sie Spaltenböden in Milchviehställen zukünftig verbieten. *cs*

Hilse nicht entlastet?

Bei der jüngsten Hauptversammlung der Europäischen Warenterminbörse Beteiligungs AG (EWB) zum Abschluss des weit zurückliegenden Geschäftsjahres 2008 ist laut *Agrarzeitung* der bisherige Vorstand Peter Link nicht entlastet worden. Nach Angaben „kapitalorientierter Aktionäre“ stimmte zudem auch nur eine sehr kleine Minderheit für die Entlastung des Aufsichtsratsvorsitzenden Werner Hilse. Der vorgelegte Geschäftsbericht weist demnach einen ungedeckten Fehlbetrag von 3 Mio. Euro aus. Zudem muss im laufenden Geschäftsjahr die Beteiligung an der RMX AG, die in Konkurs ging, abgeschrieben werden. Auslöser der Insolvenz waren enorme Investitionen in den Kredithandel, der niemals Umsätze oder Einnahmen brachte. Getragen wurde diese Ausrichtung vom Börsenrat, dessen Vorsitzender seit 1999 Dr. Helmut Born war, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes. Der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Werner Hilse, Bauernverbands-Vize und niedersächsischer Landvolkvorsitzender, verweigert laut *Agrarzeitung* die Auskunft zur Hauptversammlung und dem vorgelegten Geschäftsbericht. *en*

Kurzes am Rande

Bayern in Bewegung

Neue AbL Regionalgruppe

Rund 100 Landwirte aus den Landkreisen Weilheim-Schongau, Landsberg, Starnberg, Bad-Tölz-Wolfratshausen sowie Garmisch-Partenkirchen haben die AbL-Regionalgruppe „Oberland“ ins Leben gerufen. Während der Gründungsversammlung sprachen die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch und der bayrische Landesvorsitzende Wolfgang König. Die nachhaltige und qualitativ hochwertige Lebensmittelerzeugung in kleinen und mittelständischen Familienbetrieben müsse im Vordergrund stehen – egal, ob konventionell oder ökologisch bewirtschaftet. Bei den anschließenden Wahlen bekamen Eli-

sabeth Friesenegger (Unterzeismering) und Josef Lindauer (Peißenberg) zusammen mit 14 Beisitzern das Vertrauen als Gruppenvorsitzende ausgesprochen. Informationsveranstaltungen beispielsweise zu den Themen Gentechnik oder Regionale Wirtschaftskreisläufe sollen Bauern und Verbraucher zusammenbringen. Die industrialisierten Betriebe seien nicht das, was die Menschen sich unter einem Bauernhof vorstellten. Nach dem Motto „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ sei es deshalb wichtig, den Verbrauchern die Unterschiede klar zu machen, so Gruppenvorsitzende Elisabeth Friesenegger (vierte v. L.). *aj*



Endlich wirklich faire Milch

Jetzt gibt es das konventionelle Produkt der Wahl

Nun steht sie wirklich im Regal, die Faire Milch. Nachdem das Projekt des Bundesverbandes deutscher Milchviehhalter (BDM) schon länger angekündigt war, werden nun tatsächlich in zunächst in 1.200 Rewe-Fillialen und 300 Supermärkten der regionalen Kette tegut in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg Milchpappen mit der Faironka angeboten. Erstmal gibt es fettarme oder Vollmilch für 89 bzw. 99 Cent zu kaufen, später sollen weitere Milchprodukte und Bundesländer hinzukommen. Das Bestechende ist die eindeutige Kalkulation von Bauer und Bäuerin aus. 40 Cent bekommen die vorerst noch 120 Erzeuger der Milchvermarktungsgemeinschaft MVS für den Liter Milch, ein kostendeckender Preis. Das Medieninteresse an der fairen Milch ist groß und positiv, greifen es viele Journalisten nach der langen Zeit der Milchbauernproteste nun als Selbsthilfeakt auf. Wenn auch zunächst nur wenige Bauern und Bäuerinnen dabei sein können, es schwierig war überhaupt eine Molkerei zu finden, die die Abfüllung übernehmen wollte und die Upländer Bauernmolkerei (die übrigens als erste

eine echte faire Biomilch auf den Markt gebracht hatte) momentan noch Schützenhilfe leisten muss, weil Erzeuger nicht aus ihren Lieferverträgen heraus kamen, so ist es umso bemerkenswerter, dass die Milch nun in den Ladenregalen steht und dort hoffentlich nicht zum Ladenhüter wird, sondern zahlreich von den Verbrauchern gekauft wird. Denn sie bietet dem Kunden mehr als nur das gute Gefühl, dem Erzeuger ein auskömmliches Einkommen zu beschern, ihre Erzeuger garantieren auch eine gentechnikfreie Fütterung, die zu großen Teilen von heimischem Grünland kommt, und Engagement im Naturschutz. Imker und der Bund Naturschutz empfehlen ausdrücklich den Kauf der Milch. All das hatte die Bauernmilch des Bauernverbandes nicht zu bieten, wurde nicht gekauft und verschwand zumindest bei Lidl wieder aus den Regalen. Stattdessen steht dort nun eine halbseidene Alternative zur Fairen Milch – bei ihr müssen die Bauern und Bäuerinnen ihre gentechnikfreie Fütterung gegenüber Lidl dokumentieren, ohne allerdings konkrete Preiszusagen für ihre Milch zu bekommen. *cs*

Betriebsspiegel:

biologisch-dynamisch
56 ha Ackerbau
27 ha Weideland
20 Milchkühe, 30 Mastschweine,
20 Mutterschafe
Backstube, Laden, Gärtnerei
Sozialtherapeutische Arbeit

Das neue Jahr hat begonnen und damit beginnt auch, dass die Weihnachtszeit, die eben noch in Erwartung stand, ein Teil der Erinnerung wird. Glühwein und heißer Kakao werden vom Speiseplan verbannt, Nüsse und Orangen bleiben einem aber noch etwas in der kalten Jahreszeit erhalten. Und kalt ist es diesen Winter wirklich. Auch oben bei uns an der Küste. Ein scharfer Wind beißt an Händen und Gesicht und hat man mal die Handschuhe vergessen, ist es eine Pein. Viele Tränken mussten wir schon auftauen und sogar ein Teil der Melkanlage fror zu.

Für mich soll es ein besonderes Jahr werden, denn ich will als Jungbauer nach Hause gehen, um die Eltern zu unterstützen und um meinen Erfahrungsschatz für

die praktische Landwirtschaft zu vergrößern. Was also meinen zukünftigen Arbeitsplatz angeht, fühle ich mich „Unter der Haube“. Aber nicht nur diesbezüglich habe ich meinen Platz gefunden.

Ich wollte etwas Neues machen, neue Menschen und neue Gedanken kennenlernen. Es war dieses: Wie sieht die Landschaft hinter diesem Hügel oder jener Kurve aus? Ich bin mir nicht mehr sicher, ob genau das meine Worte und Gedanken waren, aber vom Sinn her ergeben sich diese. Ich war auf einer Suche, ohne dass ich mir dessen direkt bewusst war. Und so kam ich erst in der Ausbildung und folgend durch regelmäßigen Kontakt langsam aber sicher in die Mühlen der AbL. Es fing leise und unmerklich an und wurde zu einem Bann, der, selbst mit aufgebaut und inszeniert, eine immer stärker werdende Anziehungskraft ausübt. Der Charme der AbL ergriff mich und ließ mich eine andere Wirklichkeit sehen. Ich konnte im Ansatz begreifen, wie in der Landwirtschaft mit den Menschen weltweit umgegangen wird. Durch Reisen in

andere Länder konnte ich sehen, wie die Menschen versuchen, sich gegenseitig das Wasser abzugraben. Durch die AbL konnte ich mir ein noch viel deutlicheres Bild machen. Zudem wurde mir klar, dass meine Empfindungen relativ gut in die Realität passten, wie auch, dass ich hier Gleichgesinnte finden konnte, mit denen immer wieder aufs Neue fruchtbare Gespräche entstanden. Ich weiß, dass wir eine große Gemeinschaft von Menschen sind, die die gleichen Ziele verfolgt. Mir ist klar geworden: sollte es wirklich unser Bestreben sein, etwas für die Landwirtschaft in unserer Zukunft und der folgenden Generationen zu ändern, müssen wir regional, bei uns vor der Haustür anfangen, vielleicht auch schon am Küchentisch.

Nicht jeder ist bereit oder wird bereit sein aufzustehen, um seine Stimme zu erheben, um einer derer zu sein, die ihrem Unwillen Luft machen. Auch ich muss noch herausfinden, ob mir so etwas liegt oder ob ich eher ein paar Zeilen schreibe. Aber den Rücken stärken denen, die aufstehen, das

besitzt eine fundamentale Wichtigkeit, die nicht übersehen werden darf. Und so glaube ich, schaffen wir gemeinsam das, wie wir uns nennen: Eine Arbeitsgemeinschaft. Gerade komme ich von einem Treffen der Jugend AbL zurück nach Hause und denke mir: „Bringt es eigentlich was? Kann ich als angehender Jungbauer, als einzelne Person überhaupt etwas bewirken? Ist es mir möglich Einfluss zu nehmen auf Agrarpolitik, den Milchpreis, die Gentechnik“? Ich stöhne auf, wenn ich darüber nachdenke, wie viele Menschen hungern müssen und dass das Grundrecht auf Nahrung in diversen Ländern mit Füßen getreten wird. Kann ich denn überhaupt etwas tun? Nach einem kurzen Augenblick der Zweifel aber sage ich: „Ja“! Ich erschrecke über meine eigenen Zweifel, denn ich weiß, ich bin Teil einer Gemeinschaft. Einer Gemeinschaft, die nicht bloß sagt, es muss sich was ändern, sondern sofort bereit ist, sich einzusetzen oder aber auch um einem den Rücken zu stärken. Durch unsere noch frische und junge Gemeinschaft will ich die Möglichkeit nutzen, um meine Vorstellungen und Ideen zu realisieren, um die Zukunft so zu gestalten, dass wir uns immer wieder auf die Zukunft zu freuen können.

Ich bin einer jener „Jungen Wilden“ die die AbL durch die „junge AbL“ auffrischen wollen. Ich fühle mich denen zugehörig, die sagen wollen: Ihr alten Hasen könnt uns noch viel beibringen und uns die schon lange gedachten Ideen der AbL näher bringen, damit wir auf diesem Wege bekannte und neue Möglichkeiten und Pfade finden können. Das Feuer bewahren will ich, nicht graue Asche. Zukunft, ich freu mich auf dich...

Ulrich von Bonin

Eine kleine Geschichte

Im Wintersemester 2005/06 begann ich in Witzenhausen mein Studium der ökologischen Landwirtschaft. Wie war es dazu gekommen?

Nach der Schule war für mich mit der Entlassung in die Freiheit etwas Orientierung nötig. Ich fing erstmal an, im Weinbau zu arbeiten und liebäugelte mit einem späteren Studium an der FH Geisenheim. Doch Wein allein war mir dann doch zu einseitig. Ich dachte, dass es doch auch anders als die klassische Rebwüste mit regelmäßigen Pflanzenschutzbehandlungen gehen müsse...

Zum Glück musste noch der Zivildienst in einem regionalen Umweltzentrum absolviert werden. Nun musste ich auf Schafe, Hühner und Gänse aufpassen, Kindern Umweltschutz praktisch zeigen und mich mit dem Sortenverlust im Obstbau beschäftigen – meine Lust an der Landwirtschaft war geweckt! Zudem lernte ich einen Ex-Witzenhäuser kennen. Nach einem ersten Besuch der nordhessischen Kleinstadt war die Entscheidung gegenüber dem vergleichsweise spießig anmutenden Geisenheim schnell gefallen.

Was hatte ich mir vom Studium erwartet? Ehrlich gesagt, kann ich das nicht mehr genau sagen. Sicherlich war ich reichlich wissbegierig in „Wiz“ und auf der Suche nach einer „besseren“ Landwirtschaft gestrandet. Insbesondere von den Leuten, die ich traf, war ich sehr positiv überrascht. Hier konnte ich genug Idealisten auf einem Haufen fin-



Studium in Witzenhausen

den, so dass die Welt an einem Lagerfeuerabend wirklich veränderbar schien. Das erste Semester an der Uni wirkte zuerst abschreckend. Ein viel zu voll gestopfter Stundenplan mit für mich (bis auf wenige Ausnahmen) praxisfernen Pflichtkursen erweckte relativ schnell Zweifel in mir, ob ich das Richtige tue. Zum Glück konnte man sich dennoch den nötigen Freiraum nehmen, denn Anwesenheitspflichten gab es nicht. Lernbullemieartiges Wiederkauen der Vorlesungen konnte so zumindest teilweise vermieden werden. Statt zur Vorlesung ging ich also lieber in die Bibliothek und fuhr bei den noch viel zu seltenen Exkursionen mit. Im Rahmen der studentischen Interessensvertretung begann ich zudem verstärkt, politisch zu arbeiten.

Ab dem zweiten Semester fing ich an, im Versuchswesen zu arbeiten, wo ich den Ackerbau praktisch besser kennenlernte. Nach dem vierten Semester waren die nervenden Pflichtkurse abgehakt und ich konnte mich endlich auf die deutlich problemorientierteren und projektreichen Wahlpflichtkurse konzentrieren. Endlich fand ich die Zeit, mehr praktische Übungen mitzumachen, auch wenn sie für den Abschluss gar nicht mehr nötig waren. Für die vier Monate Pflichtpraktika im vor- oder nachgelagerten Bereich ist leider nicht mehr, wie zu Diplomzeiten, ein Semester eingeplant. Ich wollte aber zumindest einen Teil bei einem Schweizer Weinrebzüchter absolvieren und die Reblüte lässt sich nicht in die Semesterferien quetschen. Meinen letzten

Kurs machte ich dann als Erasmusstudent in Valencia/ Spanien. Dort lernte ich Witzenhausen wieder äußerst schätzen. Landwirtschaft ist in Valencia ein simples Business, die Pflanzenzüchtungsvorlesung bspw. hatte praktisch nichts mehr mit Pflanzen, sondern nur noch mit Röntgenbildern von deren DNA-Abschnitten zu tun.

Statt der Regelstudienzeit von sechs Semestern brauchte ich insgesamt acht. Im Rückblick war es eine sehr schöne Zeit, weshalb ich nun auch noch den Master hier mache.

Matthias Ristel

Betriebsspiegel:

geboren in Hannover
fand im Wallis seine Liebe, den
Weinbau und liebt alte Obstsorten

Frische Farbe im Bundestag

Schwarzer Parlaments-Neuling Hans-Georg von der Marwitz hat auch grüne Ansichten

Er ist mehr als einfach nur ein neues Gesicht auf den Abgeordnetenbänken des Bundestages, im Agrar- und Petitionsausschuss. Hans-Georg von der Marwitz, seit der letzten Wahl für die CDU in Berlin, bereichert die Riege der Agrarpolitiker in der Hauptstadt dadurch, dass er so recht in keine Schublade passt. Es fängt schon damit an, dass er sich „nicht als klassischer Politiker, der durch die Instanzen gegangen ist“ definiert. Vielmehr sind gesellschaftliches und kommunalpolitisches Engagement in seiner inzwischen nicht mehr ganz so neuen Heimat, dem Oderbruch, der Ausgangspunkt. Dorthin war er mit seiner Familie 1990 aus dem Allgäu gegangen, um nach und nach den alten landwirtschaftlichen Familienbetrieb der von der Marwitz wieder zu bewirtschaften. Ihm war es wichtig, nicht in Gutsherrenmanier im Osten einzufallen, gleichzeitig kritisierte er damals in einem Interview die Verstrickungen der alten LPG-Kader mit dem Bauernverband. Rückblickend sagt er heute, er hätte sich für den ländlichen Raum in Ostdeutschland mehr Privatinitiative gewünscht statt des vornehmlichen Erhalts anonymer Eigentumsstrukturen. Er halte landwirt-

schaftliches Eigentum und damit verbundenes unternehmerisches Interesse und Engagement für den „Motor des ländlichen Raumes“. So kannte er es zuvor aus dem kleinstrukturierten Allgäu, in dem er einen Hof mit Rotwild und Hühnern nach Naturland-Richtlinien bewirtschaftete. Auch im brandenburgischen arbeitet Marwitz in einem seiner drei Betriebe ökologisch und ist Mitglied bei Bioland. In den anderen beiden, als Gesellschaften organisierten Betrieben liegt der wirtschaftliche Schwerpunkt in der Produktion von Bio-gas und Zuckerrüben. Er stehe zum Ökolandbau als Produktionsform, sei kein Ideologe, aber „im Ökolandbau muss man immer einen Schritt weiter sein als im konventionellen“. Von der Marwitz will die Anliegen der biologischen Wirtschaftsweise in die Politik einbringen. „Auch wenn“, fügt er schmunzelnd hinzu, „der Ökolandbau nicht gerade ein Schwerpunkt der CDU ist.“ Aber das sei eben das Besondere an einer Volkspartei, dass sie mit unterschiedlichen Strömungen der Gesellschaft in sich zurechtfinden müsse. Er habe seine Positionen, sagt von der Marwitz „mein Vorteil ist meine innere und wirtschaftliche Freiheit.“ Vieles, was



Hans-Georg von der Marwitz: Abgeordneter mit bäuerlichen Wurzeln

Foto: Krahnert

er wolle, decke sich häufig mit grünen Ansichten, das C halte ihn in der CDU wenn es auch immer wieder mit Leben gefüllt werden müsse. Schon in seinem Elternhaus – sein Vater war Pfarrer – wurde kirchliches Engagement gelebt, er selbst setzte es in intensiver Jugendarbeit im CVJM und im Kirchenvorstand seiner Gemeinde in Brandenburg fort. Vielleicht rührt auch daher seine klare Position zur Gentechnik: „Ich halte sie für nicht nötig.“ Er ist aktiv in der gentechnikfreien Region vor Ort, denn Koexistenz ist in seinen Augen nicht vorstellbar. Auch bei

diesem Thema scheut er die Debatten mit seinen da meist etwas anders denkenden Parteikollegen nicht. Er will Politik machen für die Menschen vor Ort und nimmt für sich in Anspruch, aufgrund seiner Herkunft ein Gefühl dafür zu haben, wie „Menschen auf dem Land denken, leben und arbeiten“. Er will gerade auch im Osten lebendige, lebenswerte ländliche Räume, in denen Menschen wieder wurzeln wollen und Verantwortung übernehmen – vielleicht ein bisschen so wie er in seiner eigenen Geschichte. **cs**

Neu: Mittwoch bis Samstag!

Nürnberg, Germany
17. – 20.2.2010



BioFach 2010

Weltleitmesse für Bio-Produkte

Hier trifft sich die Bio-Welt

www.biofach.de

Ökologischer Anbau und fairer Handel: eine unwiderstehliche Mischung!

- **Absatz steigern:** Die Nachfrage nach Produkten aus ökologischem und fairem Handel wächst. „Organic + Fair“: Thema des Jahres auf der BioFach 2010
- **Wissen sichern:** Holen Sie sich fundierte Infos rund um landwirtschaftliche Betriebsmittel und Vermarktungsbedarf
- **Weltmarkt entdecken:** Rund 2.500 Aussteller* mit dem Weltangebot zertifizierter Bio-Produkte
- **Erfahrung austauschen:** Aktuelles und Aussichten im Öko-Landbau – auf dem Kongress treffen Sie Fachleute und Kollegen

*(Messeverbund BioFach und Vivanes)

Veranstalter
NürnbergMesse
Tel +49(0)9 11.86 06-49 09
Fax +49(0)9 11.86 06-49 08
besucherservice@nuernbergmesse.de

Zutritt nur für Fachbesucher

Schirmherr der BioFach
IFOAM
International Federation of Organic
Agriculture Movements

Gesucht? Gefunden! www.ask-BioFach.de

NÜRNBERG MESSE

Bio und billig passen nicht zusammen

Konventioneller LEH verliert am Biomarkt

Das Gefühl ist wohl mehrheitlich eine gewisse Erleichterung darüber, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist. Sogar unter den Biobauern und Bäuerinnen, die am Ende der Handelskette stehen und letztlich, wie ihre konventionellen Kollegen auch, das als Preis für ihre Produkte nehmen müssen, was ihnen die Marktpartner übriglassen, ist die Stimmung zwar verhalten, aber nicht völlig im Keller. Man hatte schließlich nichts Gutes erwartet, als sich nach den fetten Jahren auch für den Biomarkt die Bremse Wirtschaftskrise abzeichnete und andererseits die letzten beiden Ernten gut waren und damit ordentlich Menge in Umlauf brachten. Kartoffel- und Weizenpreise unter 30 Euro pro Dezitonne sind eigentlich Hausnummern, unter denen nur Wenige noch rentabel auf den Acker fahren können, trotzdem sind sie nach der Ernte 2009 Realität. Und doch sind Viele froh, das überhaupt noch zu kriegen und ihre Ware loszuwerden. „Letztes Jahr konnten wir nicht so viel produzieren, wie wir absetzen hätten können, dies Jahr will es keiner haben“, sagt Peter Großmann-Neuhäusler, Bio-Bauer aus Bayern, der in größerem Umfang Kartoffeln und Feldgemüse anbaut. Gerade die, die größere Mengen in größeren Strukturen in den scheinbar unersättlichen konventionellen Lebensmitteleinzelhandel gepumpt haben, sind nun froh über jeden LKW, der überhaupt vom Hof fährt und nicht reklamiert oder verweigert wird.

Preisschlachten erfolglos

Diese Entwicklung drückt sich auch in den Aussagen und Zahlen aus, die der Handel auf der traditionellen Bilanzpressekonferenz des Bundes ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) auf der diesjährigen Grünen Woche in Berlin präsentierte. Wachstum gab es für den Ökomarkt nur noch im Naturkost-Fachhandel, dort ließ sich der Umsatz 2009 noch mal um voraussichtlich 3 bis 4 Prozent steigern. Für den Gesamtumsatz retten diese Wachstumsmargen unter Umständen die schwarze Null, sicher ist jedenfalls, dass der Umsatz mit Bioprodukten im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel im vergangenen Jahr zurückgegangen ist. Das hat zum einen mit einer Kaufzurückhaltung der Konsumenten und der Übernahme von Plus durch Netto und der damit verbundenen Sortimentseinschränkung zu tun, zum anderen ist es nicht gelungen, durch das massiv eingesetzte Instrument der Preis-

senkungen den Umsatz zu steigern. Und das, obwohl insgesamt mehr Menge abgesetzt werden konnte. Damit ist der LEH auch im Ökobereich in dieselbe Sackgasse gelaufen wie im konventionellen Lebensmittelmarkt. Auch dort haben die Preisschlachten des vergangenen Jahres statt der geplanten Umsatzsteigerung ein Minus von 2, 4 Prozent gebracht. Ökoberater Hubert Redelberger beschreibt das Phänomen auf der diesjährigen DLG-Wintertagung folgendermaßen: „Die Nachfrage reagiert teilweise umgekehrt preiselastisch: Zu Schleuderpreisen erfährt die Milch keine Wertschätzung, die Absätze gehen zurück.“ Bezeichnend dafür ist auch, dass die stärksten Umsatzrückgänge von zehn und mehr Prozent im Biogesamtmarkt die auf breiter Front im konventionellen LEH eingeführten Produkte Kartoffeln, Obst und Milcherzeugnisse betreffen. Umsatzzuwächse gab es hingegen bei Dingen, die noch ein Nischendasein führen und eher im Naturkosthandel zu finden sind wie alkoholische Getränke oder Frischfleisch. Allerdings konnte auch die Babynahrung noch mal zulegen und offenbart damit auch eine bestimmte Haltung, die Verbraucher und Verbraucherinnen in Zeiten der Krise an den Tag legen: Es wird genauer hingeguckt, was im Einkaufswagen landet, Produkte, die ökologisch produziert keinen persönlichen Zusatznutzen versprechen, werden aus Preisgründen eher durch konventionelle Produkte ersetzt. Bio-Premium-Produkte mit Zusatznutzen (hier reicht oft nicht Verbandsware statt EU-Bio, sondern es muss auch bspw. regional, fair gehandelt, aus artgerechter Tierhaltung oder eben „das Beste fürs Kind“ sein), werden jedenfalls sehr wohl und eher noch zunehmend gekauft. Dies drücken auch die Zuwächse im Fachhandel aus, wo es diese Produkte häufiger gibt als im konventionellen Supermarkt.

Der kleine Luxus

Trendforscher sehen in Zeiten einer Krise immer auch ein Hinwenden zum „kleinen Luxus“: kein Zweiturlaub mehr, sondern stattdessen ein Premium-Alltagsprodukt. Zudem sind die typischen Kunden im Naturkostladen oder Biosupermarkt häufig Überzeugungstäter, die auch oder gerade in

Zeiten der Wirtschaftskrise die Notwendigkeit sehen, etwas Gutes für die Umwelt zu tun. Dass 8 Prozent der Bevölkerung für mehr als 60 Prozent der Bioumsätze sorgen, rechnete Professor Ulrich Hamm in Berlin vor. Er sieht im Premium-Bio Bereich mit Zusatznutzen noch Potential für Bäuerinnen und Bauern, sich zu profilieren, wer hingegen einfach nur Bio oder auch einfach nur Verbandsbio produziert, muss zukünftig seiner Ansicht nach noch mal stärker auf die Produktionskosten gucken und diese drücken: „Die Mittleren geraten in Bedrängnis“. Das hören die Vertreter der Bioverbände sicher nicht so gerne, zumal Bioland-Präsident Thomas Dosch bei der Vorstellung der Zahlen für die Entwicklung in der Produktionsfläche und Anzahl der Betriebe auf einen Zuwachs bei der Verbandszugehörigkeit verweisen konnte. Offenbar ist die Erkenntnis, dass man „sich

genschlägt. Kritisiert wurde in verschiedenen Beiträgen in der jüngeren Vergangenheit häufig eine auf Massenproduktion ausgerichtete, großstrukturierte Betriebsklientel, die häufig – aber eben auch nicht nur – auf unterstem Bioniveau, also der EU-Ökoverordnung, produziert. „Wenn aus kurzfristigen Gewinninteressen vor allem Mengensteigerung im Bio-Markt angestrebt wird, dann sind sinkende Preise und schwankende Märkte vorprogrammiert“, sagt Hubert Redelberger. Ob als Versuch, dem zu entgehen, eine Verbandsmitgliedschaft ausreichend ist, bleibt fraglich. Sicherlich eine Abwertung der Verbandszeichen wäre es, wenn das sechseckige Bio-Logo des Bundeslandwirtschaftsministeriums nach einer Abgabe in andere Hände – die noch junge „Initiative deutscher Bundesverband ökologischer Landbau“ hatte Interesse an einer

Übernahme angemeldet – von seinen Standards auf das Verbändeniveau gehievt würde. „Das nützt nur den Verarbeitern“, sagt Thomas Dosch, da diese dann die Verbände und damit die Erzeuger preislich gegeneinander ausspielen würden. Da das Biosiegel allerdings bei einer Abgabe durch das Bundesministerium öffentlich ausgeschrieben werden müsste, bestünde auch die Gefahr, dass es sich etwa ein großes Handelsunternehmen sichert. „Wenn das neue EU-Siegel selbsterklärend wäre, würde das nationale Biosiegel nicht mehr gebraucht“, so Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstand des BÖLW, aber so könne es zumindest bislang nicht im Interesse des Ministeriums und auch der Verarbeiter sein, das Siegel loszuwerden. Darüber sind sich die meisten der Beteiligten offenbar einig, lediglich Ex-Staatsekretär Gerd Lindemann war sehr da-



Babynahrung in Bio, mit Wachstum Foto:©BLE/Thomas Stephan

zunehmend auf differenzierte Märkte“ einstellen müsse, so Dosch, bei den Bäuerinnen und Bauern insofern angekommen, als dass sie sich durch eine Verbandsmitgliedschaft einen Einstieg in die Premiummärkte erhoffen.

Siegel und Macht

Vielleicht verbindet sich mit der Verbandsmitgliedschaft beim Einen oder Anderen auch die Hoffnung, eher der Medienschelte zu entgehen, die nun hin und wieder auch den bisher so geliebten Biobauern und Bäuerinnen entge-

ran gelegen, das Siegel über die Öko-Bundesverbands-Initiative unter Umständen mehr oder weniger direkt in den Einflussbereich des Bauernverbandes zu legen. Darüber, dass Lindemann nun nicht mehr Staatssekretär ist, mag sich auch an dieser Stelle der DBV ein wenig ärgern. Dem Biomarkt und seinen Bäuerinnen und Bauern bleibt die Hoffnung auf bessere Zeiten, treue Kunden, ein Ende der Wirtschaftskrise, wohlwollende Journalisten und die Abstinenz eines Skandals.

Agrarfabriken oder Bauernhöfe

Expansion der Agrarkonzerne trifft auf gesellschaftlichen Widerstand

„Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ – dies ist seit Jahrzehnten ein zentrales Motto der AbL. „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ – dieser Kampf ist jetzt in eine neue Etappe getreten, in der es für Bauern, Umwelt, Tiere, Verbraucher und Regionen viel zu gewinnen, aber auch viel zu verlieren gibt. Dem Vordringen der Agrarindustrie – vor allem in den Bereichen der Geflügel- und Schweinehaltung – stellen sich inzwischen an fast jedem geplanten Standort starke und entschlossene Bürgerinitiativen entgegen. Der Widerstand gegen Agrarfabriken und für eine artgerechte Tierhaltung auf Bauernhöfen ist zu einer gesellschaftlichen Bewegung geworden. Es kommt jetzt darauf an, dass sich verstärkt auch Bauern aktiv und nicht nur sympathisierend in diese Auseinandersetzung einklinken und einmischen!

Schockemöhle, Wesjohann, Meerpohl

Bereits in den 60er Jahren ordneten sich Agrarkonzerne die Wachstumsbereiche der Geflügelhaltung unter und entrissen diesen Bereich fast vollständig der Landwirtschaft. Mittels der neu entwickelten Käfig- und Stallhaltungssysteme bauten Agrarindustrielle wie Pohlmann, Schockemöhle, Wesjohann oder Meerpohl durchrationalisierte und flächenunabhängige Imperien auf – zunächst in der Region Süddoldenburg, nahe den Importhäfen für billige Soja-Futtermittel aus Übersee. „Und ewig stinken die Felder“ – so schon damals der Slogan des örtlichen Widerstands gegen die immer mächtigere Agrobusiness-Lobby, die durch örtliche Politiker ebenso unterstützt wurde wie durch die nationale und internationale Agrarpolitik. Am ehemaligen Vorbild Holland wurden die Folgen dieser Entwicklung bald deutlich: Die Äcker konnten die aus Übersee importierten Futter-Nährstoff-Überschüsse bald nicht mehr fassen. Auch Projekte wie die Verteilung über Gültbörsen, Verbrennung oder Trockenkoxporte (bis nach Arabien) lösten das Problem nicht. Die Akzeptanz, die die Gesellschaft für Bauernhöfe gehabt hatte, galt für die Agrarfabriken nicht mehr.

Die holländische Gesellschaft distanzierte sich von der immer isolierteren Landwirtschaft. Mittlerweile sind die Stickstoff- und Phosphorüberschüsse so erdrückend, dass man für eine Betriebserweiterung teure Nährstoff-Zertifikate kaufen muss. Der Staat kauft Agrarfabriken aus der Landwirtschaft heraus (und gibt den Agrarindustriellen so das Startkapital für den Bau

noch größerer Agrarfabriken in Ostdeutschland). Andererseits gehen jetzt gerade vom agrarindustriegeplagten Holland viele positive Anregungen und Entwicklungen für eine artgerechte Tierhaltung aus – vom „Scharrelschwein“ bis hin zur Vermarktung artgerecht erzeugten Fleisches.

Vom Käfig zurück auf die Höfe

Mit der Legehennenhaltung im Käfig hatte die Agrarindustrialisierung begonnen – hier erlitten Eierkonzerne wie die „Deutsche Frühstücksei“ auch ihre erste entscheidende Niederlage. Aufgerüttelt durch immer neue Skandale und Medienberichte erzwangen Tierschützer und Konsumenten die Angabe der Haltungsbedingungen auf den Eiern, kauften die Verbraucher immer weniger Käfigeier, reagierten die Handelskonzerne mit der Auslistung von Käfigeiern aus den Regal-

ner artgerechten Haltung. Ein ehrliches Siegel „bäuerlich“ hätte große Chancen, muss aber erst noch von den Verballhornungen und Missbräuchen durch die Agrarindustrie befreit und zurückerobert werden.

Hässliche Geflügelmast

Als hässlichste Variante der agrarindustriellen Haltung verbleibt nun noch die Haltung von Hähnchen und Hühnern, Puten und anderen Geflügelarten. In diesem Bereich betreiben Konzerne wie Wesjohann („Wiesenhof“), Stolle, Rothkötter oder Sprehe die Produktion – anders als die Eierkonzerne – nur zum Teil in eigenen Anlagen: Die Investitions- und Produktionsrisiken werden Vertragsmästern aufgedrückt, deren Gewinn bzw. deren Selbstausbeutung man durch die Preise bei Futter und Küken und bei der Abnahme der Tiere beliebig so steuern kann, dass

ster für neue Schlachthanlagen an. Wesjohann, Stolle und Sprehe reagieren ihrerseits mit der Anwerbung „eigener“ neuer Mäster. Die Folge: massive Produktionsausweitung bei nur schwach wachsendem Verzehr.

Trotz unübersehbarer Anzeichen für einen baldigen Zusammenbruch des Marktes unterstützen Bauernverband und Landwirtschaftskammern die Anwerbungsveranstaltungen für neue Vertragsmäster und veröffentlichen Jubelmeldungen über den „Wachstumsmarkt Geflügelfleisch“. Der Widerstand gegen neu geplante Mastställe kann deshalb nicht nur mit der nicht artgerechten Haltung, den Gräben in den Dörfern, der Schädigung der Umwelt und des Klimas und der Regionen, der Zerstörung der Märkte von Bauern in den armen Ländern und der Verantwortung des einzelnen Landwirts argumentieren, sondern auch mit betriebswirtschaftlichen Zahlen. Klar ist: Die Geflügelmast ist nicht der gesuchte rettende Strohalm für nach Alternativen suchende Milch-, Schweine- und Ackerbauern.

Schweinehaltung rückbaubar halten

Auch in der Schweinehaltung gibt es eine gesellschaftliche Kritik an den Haltungsbedingungen, an fehlendem Auslauf, Platz, am Kupieren der Schwänze und am Spaltenboden ohne Stroh. Die meisten Schweinehalter sind noch nicht direkt abhängig – aber offensichtlich stehen verstärkt die Konzerne aus Futtermittel-, Genetik- und Schlachtindustrie hinter den sich bildenden Konzernen Straathof, van Gennip und Co. – mit mehreren Hunderttausenden von Schweinen. Immer mehr Sauen- und Mastbetriebe wachsen zudem in agrarindustrielle Dimensionen, oberhalb der Grenzen, die der Gesetzgeber im Bundesimmissionsschutzgesetz für industrielle Ställe definiert (z.B. 1.500 Mastplätze). Sie forcieren nicht nur auf Kosten der meisten Schweinehalter den Strukturwandel und die Überschussproduktion für den sogenannten „Weltmarkt“, sie schaffen auch agrarindustrielle Dimensionen, die nicht mehr rückbaubar sind auf eine artgerechte Schweinehaltung in bäuerlicher Flächengebundenheit und Kreislaufwirtschaft. Ohne einen erfolgreichen Kampf gegen Agrarfabriken gibt es keine Zukunft der Höfe und der bäuerlichen Landwirtschaft. Das hält die Zukunft offen für den gleichzeitigen Einsatz für veränderte Rahmenbedingungen in Produktion, Vermarktung, Einkaufs- und Ernährungsverhalten.

Eckehard Niemann



Wer viel produziert muss schnell schlachten (8.000 Hühner pro Stunde)

Foto: brasso

len. Das EU-weite Verbot der Käfighaltung überraschte die Geflügellobby, selbst ihr von Bauernverband und loyalen Wissenschaftlern gepushter „ausgestalteter Käfig“ musste wahrheitsgemäß als Käfig deklariert werden und scheiterte.

Die Umstellung auf Boden-, Freiland- oder Ökohaltung schafft neue lukrative Märkte für Bauern und bringt jetzt erstmals einen Teil der Geflügelhaltung wieder zurück auf die Höfe. Allerdings geschieht auch diese Entwicklung noch weitgehend unter Regie der alten Eierkonzerne: ein neues „Agrarindustrie-Bio“ mit Tierzahlen weit oberhalb ei-

eine Minderheit halbwegs ausreichend verdient und als Vorbild hingestellt wird und die Mehrheit der Mäster kaum Lohnanspruch und Eigenkapitalverzinsung erreicht. Dieses System funktionierte halbwegs, solange die obigen Konzerne ungestört und halbwegs koordiniert nebeneinander her wachsen konnten. Nun stößt die Expansion auf Grenzen: inländische und europäische Märkte sind gesättigt, auch der Export in Drittländer funktioniert nicht mehr. Rothkötter („Emsland-Frischgeflügel“) will seinen Konkurrenten Marktanteile abnehmen und wirbt massiv neue Mä-

Vereint unter dem Logo mit dem Ringelschwanz

Neues Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ in Aktion

Am Tag der Eröffnung der Grünen Woche in Berlin: Demonstranten mit 70 Ortschaften, von denen jedes exemplarisch für eine der vielen Bürgerinitiativen gegen geplante Agrarfabriken steht: Hassleben in Brandenburg und Alt Tellen in Vorpommern gegen eine Schweinemast-Mega-Mastanlage, Billerbeck in Nordrhein-Westfalen und Etelsen bei Verden gegen Hähnchen-Mastanlagen, Wietze bei Celle gegen einen weiteren Rothkötter-Hähnchen-Schlachthof, Schnega/Varbitz und Berel/Burgdorf gegen die als Zulieferer angeworbenen Ställe, Lukow bei Waren und Letschin im Oderbruch solidarisch vereint neben Gerbisbach, Binde und Stöbnitz aus Sachsen-Anhalt, Mockrehna und Niethen aus Sachsen, Immenrode aus Thüringen und Lähden aus dem Emsland...



Diese erste öffentliche Aktion steht für das neu gegründete Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, es vereint unter dem Logo mit dem Ringelschwanz jetzt schon 70 Bürgerinitiativen und Verbände wie BUND, PROVIEH, AbL, Deutscher Tierschutzbund oder Neuland. Bei der Aktion vor der Grünen Woche wurde Vertretern von Frau Aigner ein sorgfältig ausdiskutiertes Positionspapier überreicht. Es enthält folgende zentrale Forderungen „für eine zukunftsfähige, artgerechte und nachhaltige Nutztierhaltung in bäuerlicher Landwirtschaft“, das auch unter www.bauernhoeftestatt-agrarfabriken.de abrufbar ist:

Forderungen an die Politik

Das Privileg für das Bauen im Außenbereich der Gemeinden ist auf die bäuerliche, flächengebundene Tierhaltung zu begrenzen. Tierhaltungen ohne direkte Flächenbindung und Anlagen, die eine Umweltverträglichkeits-Prüfung oder eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutz-Gesetz erfordern, sind vom Baurecht auszuschließen. Die Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit müssen gestärkt werden.

Wir fordern von der Bundesregierung, die Standards für den Umwelt- und Tierschutz in der Tierhaltung deutlich zu verbessern. Tierschutzverbände müssen ein Klagerecht erhalten, um den im Grundgesetz verankerten Tierschutz wirksam umzusetzen. Die Bundesregierung muss einen Tierschutz-TÜV für Stallbauten und ein entsprechendes Zulassungsverfahren für alle

Tierarten einrichten.

Wir fordern von der Bundesregierung und der EU-Kommission eine verbindliche Kennzeichnung der Tierhaltungsform auf Fleisch- und Milchprodukten.

Wir fordern von Bund und Ländern, die schädlichen Subventionen für Überkapazitäten der Schlachthof- und Molkereikonzerne zu stoppen und die Investitionsförderung für Tierhaltungen strikt an die Verbesserung der Standards im Tier- und Umweltschutz zu koppeln. Staatliche Förderung für verarbeitende Unternehmen muss zugunsten der handwerklichen und regionalen Verarbeitung umverteilt werden und die Produktion besonders nachhaltiger Qualitäten befördern.

Wir fordern von der Bundesregierung und der EU-Kommission, die Tierhaltung in Deutschland und in Europa wieder aus der Industrie auf die Bauernhöfe zu holen, sie auf klima- und tiergerechte Verfahren umzustellen und damit die Überproduktion abzubauen. Exportsubventionen sind abzuschaffen.

Wir fordern von der Bundesregierung und der EU-Kommission eine Eiweißstrategie zur Sicherung der Selbstversorgung mit heimischen Futtermitteln. Tierische Lebensmittel, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurden, müssen verbindlich gekennzeichnet werden.

Widerstand vor Ort

Der Widerstand der Bürgerinitiativen vor Ort geht weiter, jetzt aber in gegenseitiger Unterstützung bei Informationen, Tipps, personeller Hilfe und Ermunterung. Trotz der zugunsten der Investoren zurechtgeschneiderten Gesetzgebung und schwer aufzubringender Mittel für eigene Anwälte und Gutachter gibt es etliche Erfolge, hier nur einige exemplarisch:

Die Genehmigung der geplanten Anlage für 35.000 Schweine in Hassleben wird seit Jahren erfolgreich verzögert, u.a. wegen mangelhafter Unterlagen über die Wirkung der Stickstoff-Emissionen auf den schon zu DDR-Zeiten hoch belasteten Wald. Ein 100.000-Hähnchen-Stall in Etelsen ist nach einer Anhörung im Verdener Kreistag bisher nicht genehmigt, u.a. wegen der

unzureichenden Zufahrt und zweifelhafter Gutachten zur Geruchs-Ausbreitungsfähigkeit. Eine riesige Schweinefabrik in Allstedt wurde durch eine Änderung des Bebauungsplans verhindert. Der Kreis Steinfurt untersagte eine Hähnchenmastanlage wegen Zersiedelung der Landschaft, der Kreis Herford eine Schweineanlage wegen des Einspruchs des Landschaftsbeirats. Sachsen-Anhalt verlangt für Großanlagen künftig Raumordnungsverfahren.

Die Gemeinde Lathen will außerlandwirtschaftliche Investoren mit der Reservierung von „Baufenstern“ hinter den Höfen der örtlichen Landwirte fern halten. In Metelen lehnte die Bezirksregierung einen Hähnchenstall ab wegen der Belastung der zuführenden Wohnstraßen. In Kalleby, Dannenberg und vielen anderen Orten zogen die Investoren ihre Baupläne zurück, um den sozialen Frieden nicht zu zerstören. In Bassum machte die Landgesellschaft auf Drängen der Stadt bei den Grundstücken für geplante Hennenställe von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch. Im süddeutschen Kammerstein zogen drei Investoren ihren Hähnchenstall-Antrag zurück, nachdem die Gemeinde den geplanten Baugrund nötigenfalls als Sondergebiet für Solaranlagen ausweisen wollte. Wie viele Investoren sich angesichts des zu erwartenden Widerstands bereits rechtzeitig auf bessere Investitions-Alternativen besonnen haben, ist nicht bekannt. *en*

Weniger Bauauflagen

Den ostdeutschen Schweine-Großbetrieben hat Dr. Albert Hortmann-Scholten (Landwirtschaftskammer Niedersachsen) im EU-Wettbewerb eine günstige Ausgangsposition bescheinigt: Ihnen komme nicht nur ihre Größe zugute, sondern auch ein geringeres Pacht- und Kaufpreisniveau beim Boden, günstigere Futtermittel, weniger Flächenkonkurrenz durch Biogasanlagen und Sonderkulturen, niedrigere Löhne und auch „weniger Bauauflagen“ durch die Genehmigungsbehörden. Entsprechend sieht Scholten in der Schweine- und auch in der Geflügelhaltung nur noch Wachstumschancen für ein Drittel der deutschen Betriebe. *en*



Demonstration gegen Massentierhaltung bei der Grünen Woche in Berlin

Foto: Handy

Dettmer BUND-Agrarsprecher

Der Bundesgeschäftsführer des Neuland-Vereins für artgerechte Tierhaltung, Jochen Dettmer, wurde zum neuen Agrarsprecher des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) gewählt. Er folgt damit Biobauer Friedrich Ostendorff, der das Amt niedergelegt hatte, nachdem er nach der Bundestagswahl ein Mandat für die Grünen in den Bundestag übernommen hatte. Dettmer betonte, er freue sich insbesondere auf die Zusammenarbeit mit dem BUND-Vorsitzenden Hubert Weiger und wolle die Erfahrungen der landwirtschaftlichen Praxis in die Verbandsarbeit einbringen. Dettmer bewirtschaftet im Nebenerwerb einen landwirtschaftlichen Neuland-Betrieb in Sachsen-Anhalt. Als größte Herausforderung der nächsten Monate sieht er die Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik nach 2013. *cs*

„Hingucken!“

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt will mit der „Hingucken!“-Kampagne gegen Rechtsextremismus in diesem Jahr, wie schon 2009, vor allem Menschen auf dem Land ansprechen. Das kündigte Staatskanzleichef Rainer Robra (CDU) am Dienstag in Magdeburg an. Der ländliche Raum werde auch in diesem Jahr besonderer Schwerpunkt der Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus und für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt sein. Inhaltlicher Schwerpunkt sei, den „wahren Kern“ von 20 Jahren Deutsche Einheit und Demokratie herauszustellen. Die Kampagne wurde Ende 2006 nach mehreren rechten Straftaten gestartet. *pm*

Eine andere Art von Tagung

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in Schwerin hat am 7./8. Januar 2009 eine Tagung unter dem Titel „Agrarpolitik, Agrarsozialpolitik und Politik für den ländlichen Raum im 20ten Jahr der Wiedervereinigung“ abgehalten. Bemerkenswert war nicht nur der Tagungstitel. Seit 1998 sind unter einem SPD-Agrarminister in Mecklenburg-Vorpommern mehrere tausend Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verschwunden. Beeindruckend war auch die angekündigte Rednerliste, unter anderem mit Minister a.D. Karl-Heinz Funke und Staatssekretär a.D. Gerald Thalheim, beides Lobbyisten, die an der Devastierung der ländlichen Räume in Ostdeutschland aktiv mitgearbeitet haben. Pikant ist auch, dass Funke genau zum Tagungstermin von den niedersächsischen SPD-Kreistagskollegen zum Rücktritt von seinen letzten Ämtern aufgefordert wurde. Er hatte die Kosten seiner Silberhochzeit offenbar aus der Kasse des Boden- und Wasserverbandes bestritten. *kg*

Kurzes am Rande

BDM-Young gründet sich

Selbstbewusst Politik machen und dabei das Jungsein nicht vergessen

„Ich bin eine junge Wilde, ich darf „Ldas!“ Selbstbewusstes Auftreten spürt man in jeder Zeile des noch vorläufigen Internetauftritts des Young-BDM. Am Ende der Grünen Woche fand in Berlin die Gründerversammlung statt. Ca. 130 junge Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet waren angereist, um den neuen Vorstand des neu zu gründenden Vereins zu wählen und über die Satzung abzustimmen. Eine längere Diskussion brach aus, als es darum ging, welchen Namen man sich geben sollte. Dass sich die Nähe zum Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) im Namen wiederfinden sollte war unbestritten. Will man doch für die gleichen oder zumindest sehr ähnliche Ziele eintreten. Warum aber dann überhaupt einen eigenen Verein? „Wir wollen selbstständig und unabhängig sein“, antwortet Ilona Zeimens, die frisch gewählte Vorstandsvorsitzende aus der Eifel, auf diese Frage. Das bedeutet auch finanzielle Unabhängigkeit. Eigener Verein, eigene Mitglieder, eigene Beiträge, eigene Finanzierung. Die politische Arbeit soll über die Mitgliedsbeiträge (20 Euro pro Jahr) finanziert werden. Auch hofft man auf möglichst viel Fördermitglieder. Wer Mitglied werden will sollte zwischen 14 und 30 Jahre sein und von einem Milchviehbetrieb kommen. Die Fördermitgliedschaft dagegen steht allen offen, allerdings ohne Wahlrecht. Kandidaten für den Vor-

stand müssen richtige Mitglieder sein. „Uns ist es wichtig, dass der Bezug zur Milchviehhaltung da ist“, betont Ilona Zeimens.

Unterstützung für den BDM

Die politische Arbeit steht, wie beim BDM, im Mittelpunkt. Die eigenständigen Forderungen im Sinne des BDM sollen diesen unterstützen, betont Zeimens. Als nächstes ist ein Treffen mit der Landwirtschaftsministerin angestrebt. Auf der Grünen Woche gab es schon mal einen ersten, kurzen Kontakt.

In den kommenden Wochen steht erst mal Bürokratie an, bis der Verein auch beim Amtsgericht eingetragen ist. Dann geht's ans Mitgliederwerben. Die 130 Anwesenden auf der Gründerversammlung haben alle ihren Mitgliedsantrag abgegeben. Um die Menschen vor Ort anzusprechen und vor lauter Politik das Leben nicht zu vergessen, denkt man feste übers Feiern nach. Es könnte also gut sein, dass in nächster Zeit eine Woge von BDM-Young Scheunenpartys und Stadtfesten durch Deutschland rollt. Das könnte sich auch positiv auf die Vereinskasse auswirken. Aber auch die politischen Ziele lassen sich so ganz ungezwungen transportieren.

Der Internetauftritt ist noch provisorisch. Unter: www.kostenloses-forum.com dann auf Verzeichnis. Unter „bdmyoung“ findet man weitere Informationen und Ansprechpartner. *mn*

Der Milchmarkt braucht Regeln

BDM-Symposium in Berlin kommt zu eindeutigen Schlüssen

Rund 2.000 Milcherzeuger nahmen an dem vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter im Rahmen der Grünen Woche in Berlin ausgerichteten Symposium „Milcherzeuger im Soft-Landing – Braucht der Milchmarkt Regeln?“ teil. Referenten aus Wissenschaft, Politik, Verbänden und Entwicklungshilfe nahmen die auf Welthandel und Liberalisierung ausgerichtete EU-Milchmarktpolitik kritisch unter die Lupe. Wunsch und Wirklichkeit lägen bei der Orientierung hin zum Weltmarkt oft weit auseinander stellte Prof. Dr. Onno Poppinga, emeritierter Professor für Agrarpolitik der Universität Kassel/Witzenhausen fest und legte mit klaren Zahlen dar, dass der Export von Milchprodukten der EU

in Drittländer weit niedriger liegt als häufig angenommen. Július Molnar vom EU-Rechnungshof und Direktor des Sonderberichts für den Milchmarkt untermauerte die Kritik an der Exportausrichtung der EU-Milchmarktpolitik und empfahl eine Konzentration der EU-Milchproduktion auf den Absatz am Binnenmarkt. Armin Paasch von der deutschen Entwicklungshilfeorganisation Misereor zeigte auf, dass die europäische Exportpolitik zu Hunger für Millionen Menschen in den Entwicklungsländern führt. Aus den verschiedenen Vorträgen ging klar hervor, wie wichtig ein Zusammenschluss der Milcherzeuger im Milch Board ist, um Einfluss auf den Milchmarkt nehmen zu können. Jeder einzelne zählt, um die Erfolge der Milchbauernbewegung in Zukunft fortzusetzen. „Wir Milcherzeuger werden uns weiterhin aktiv in die Milchpolitik einbringen und unsere BDM-Arbeit fortsetzen, bis unserer Hauptforderung nach einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung Rechnung getragen wird“, betonte der BDM-Vorstandsvorsitzende Romuald Schaber in seinen Schlussworten. *aj*



Gut besucht: Das BDM-Symposium während der Grünen Woche in Berlin.

Foto: Thiele

Ein Jahr unter besonderem Blickwinkel

Die Nachbaugebühren rücken im UN-Jahr der Biologischen Vielfalt mit in den Focus

Es ist das „Internationale Jahr der biologischen Vielfalt“, das die UN für 2010 ausgerufen hat, außerdem hat Deutschland noch bis zur nächsten Konferenz im Herbst in Nagoya in Japan die Präsidentschaft der internationalen Staatengemeinschaft, die sich im Rahmen der UN Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) 2008 zuletzt in Bonn getroffen hatte, inne. In Bonn hatte man damals keine bahnbrechenden Beschlüsse zum Schutz der Artenvielfalt und für die Entwicklungsländer vor der Ausbeutung durch die Industrienationen fassen können. Nun hoffen eigentlich alle Beteiligten auf den dieses Jahr stattfindenden Folgeprozess in Japan. Und dort auf besonders viel Bewegung durch die Aufmerksamkeit aufgrund der Titulierung als Jahr der biologischen Vielfalt. Entwicklungs- und Umweltgruppen wollen den Erhalt der Biodiversität durch restriktivere Handhabung des Schutzes genetischer Ressourcen in den Herkunftsländern. Organisationen wie der

Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) wünschen sich hingegen einen einfacheren Zugang zu natürlichen Ressourcen bei gleichzeitig besserem Schutz der dann von ihnen daraus entwickelten Züchtungsprodukte. Auch an dieser Stelle werden die Pflanzenzüchter nicht müde zu betonen, dass es Züchtungsfortschritt nur weiterhin geben kann, wenn sie entsprechend dafür entlohnt werden. Und andersherum wird der Schluss gezogen, dass es immer weniger Züchtungsfortschritt gibt, weil die Züchter immer weniger Möglichkeiten haben, sich ihre Arbeit von den Bäuerinnen und Bauern entlohnen zu lassen.

Nachbaugebühren immer wieder

Konkret kommt dann immer die Nachbaugebühr ins Spiel, wie jüngst auch auf einer Festveranstaltung des Bundesverbandes der VO-Firmen. Einhellig wurde der weitere Rückgang des Saatgutwechsels bedauert, die zunehmende Mentalität der Bäuerinnen

und Bauern, genau zu gucken, wann welches Z-Saatgut eingesetzt würde, und ihre schlechte Zahlungsmoral. Die Lösung aus Sicht der züchterischen Redner: Eine Gesetzesänderung in Sachen Nachbaugebühren. Im Bundeslandwirtschaftsministerium hält man sich indes noch bedeckt, hier etwas zu ändern, wenngleich das eine Frage des Lobbydruckes ist. Auf Seiten der Bäuerinnen und Bauern sollte man jedenfalls die unter Umständen größere Öffentlichkeit im Jahr der Biodiversität nutzen, um klar zu machen, dass es auch bäuerliche Rechte gibt, die gewahrt bleiben sollten. Das wichtigste ist sicherlich das Landwirteprivileg, das bäuerliche Freiheit in Ländern des Südens wie des Nordens sichert. Ausforschung und kostenpflichtiger Nachbau lassen sich damit nur schwerlich vereinbaren. In Deutschland einmal durchgesetzt, würden sie aber sicherlich nach und nach überall etabliert werden. Das sollte nicht im Sinne einer UN-Konvention sein. cs



Keine Schadschwellen mehr?

Ein Kernelement des sogenannten „Integrierten Landbaus“, das Schadschwellen-Prinzip, gerät ins Wanken. Nach dieser Regel soll der Landwirt nur dann Pesticide einsetzen, wenn die Kosten des Einsatzes geringer sind als der zu erwartende Schaden durch Unkräuter, Krankheiten oder Schädlinge. Ansonsten soll ein bestimmter Unkrautbesatz geduldet werden. In der Werbung vieler Pflanzenschutz-Konzerne spielt diese Vorgabe ohnehin schon keine Rolle mehr – da wird rund um die Kulturpflanze ein absolut „unkraut-reiner“ Boden propagiert. Der Berater Günter Klingenhagen (Landwirtschaftskammer NRW) plädierte nun auch beim „Syngenta-Symposium“ in Fulda mit Hinweis auf herbizid-resistent gewordene Unkräuter dafür, möglichst kein Unkraut übrig zu lassen: „Lieber 30 % mehr Leistung als 2 % zu wenig!“ Dass diese Resistenzen gerade durch den jahrelangen Gebrauch bestimmter Herbizide, durch einseitige Ackerbau-Maßnahmen und Fruchtfolgen zustande kamen, blieb unerwähnt. en



Die Agrarkrise erreicht die Landtechnikbranche

Die Zeit der Konkurse ist vorbei, ein Aufschwung aber nicht in Sicht

Nachdem viele Landmaschinenhersteller bis Mitte letzten Jahres noch optimistische Prognosen verbreiteten, hat die Krise nun auch diesen Wirtschaftszweig voll erfasst. Der deutsche Branchenverband VDMA rechnete bereits bei der Agrartechnik im November mit einem Umsatzminus von 25 Prozent in 2009 und weiteren 10 Prozent im neuen Jahr. Das Auftragspolster ist binnen eines Jahres von zehn auf weniger als zwei Monate gesunken.

Die Ursache für diesen Rückgang liegt in Deutschland hauptsächlich in den gesunkenen Agrarpreisen. Die ruinösen Milchpreise sorgten sogar für eine Halbierung der Aufträge für Grundfutter-Erntemaschinen. In Osteuropa, wo die deutschen Landtechnikhersteller ihr Geschäft besonders stark ausgebaut haben, führt die Finanzkrise zu massiven Finanzierungsproblemen und damit zu einem drastischen Rückgang der Bestellungen. Da der Exportanteil bei den Umsätzen deutlich überwiegt, schlagen diese Zahlen voll durch.

Diese Situation führt derzeit zum Konkurs

von Landmaschinenhändlern und bei den Herstellern zu Kurzarbeit, Hinauszögern von Investitionen und massiven Abschlägen von den Listenpreisen (vor allem im Ausland) und zu Sonderangeboten. In Anzeigen bietet bspw. John Deere 4.000 Euro „Umweltprämie“ beim Kauf einer neuen Anhängfeldspritze an und eine Sonderfinanzierung ab 0,49 Prozent.

Allerdings rechnet der VDMA derzeit nicht mit weiteren Insolvenzen. So wird es bei folgender Rangliste der zehn größten Landtechnikunternehmen bleiben: John Deere vor Case-NewHolland (CNH) und Agco (Fendt, MF, Valtra, Challenger) – auf weiteren Plätzen Claas, Same-Deutz-Fahr, Kuhn, Kverneland-Vicon, Krone, Amazone und Pöttinger.

physikalische Grenzen erreicht

Bei den Neuzulassungen von Traktoren in 2009 (insgesamt 30.000) lag John Deere mit einem Marktanteil von 19 Prozent vorn, vor Fendt (führend im Segment über 50 PS) und DeutzFahr. Betrachtet man nur

die Traktoren mit mehr als 50 PS, dann stieg die durchschnittliche Leistung in den letzten zehn Jahren von 120 auf 143 PS. Bei Großmaschinen scheinen allerdings hinsichtlich zunehmender Arbeitsbreiten und PS-Zahlen die physikalischen Grenzen bald erreicht.

Die Hoffnungen der Landtechnikhersteller richten sich im Inland auf steigende Preise und den anhaltenden Wachstumszwang. „Wenn die Einkommen der Landwirte wieder steigen, dann investieren sie auch wieder. Darum kommen sie nicht herum, wenn sie zukunftsfähig bleiben wollen“, so VDMA-Sprecher Scherer. Weltweit setzt die Branche angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und abnehmender landwirtschaftlicher Flächen auf eine Intensivierung der Bewirtschaftung auf den verbleibenden Flächen durch Hightech-Maschinen. Über eine angepasste und erschwingliche Technik für Kleinbauern in den armen Ländern war bei den Verlautbarungen der Landtechnikhersteller leider wenig zu hören. en

Maissaatgut – aber bitte gentechnikfrei!

Gentechnikfreies Saatgut wird angeboten. Offizielle Prüfstate zu bekommen bleibt aber schwierig

Debatte um

Kennzeichnung

Die Bundesregierung sieht in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung einer Positivkennzeichnung für alle Lebensmittel vor, die mit Hilfe von Gentechnik hergestellt wurden. Nun werden in Deutschland derzeit die Vor- und Nachteile einer solchen Prozesskennzeichnung debattiert. Sowohl Ernährungsindustrie als auch Umweltverbände befürworten sie – allerdings aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Ausformungen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) lehnt das noch aus Zeiten der Großen Koalition stammende „Ohne Gentechnik“ Label ab und möchte eine Positivkennzeichnung, bei der auch alle Zusatzstoffe und Arzneimittel berücksichtigt würden, in der Hoffnung, dass das Bild entsteht, Gentechnik sei bereits überall drin. Auch Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, fordert diese Kennzeichnung oder aber eine, bei der nur gekennzeichnet wird, wenn Gentechnik im Endprodukt nachweisbar ist.

Die Umweltverbände sehen durch eine Ausweitung der Kennzeichnung auf Milch, Fleisch und Eier, wenn gentechnisch verändertes Futter verwendet wurde, den Einfluss der Verbraucher gestärkt. Nur eine konsequente positive Kennzeichnung zwingt die Hersteller, auf den Einsatz von Gentechnik zu verzichten, „weil sie sonst Gefahr laufen, dass ihre Produkte nicht gekauft werden“ betont Heike Moldenhauer vom BUND. Immerhin 80 Prozent der Bundesbürger lehnen Umfragen zufolge gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. *aj*

Alle Jahre wieder stellt sich die Frage, wo bestelle ich mein Saatgut und welche Kriterien setze ich – neben ackerbaulichen Qualitäten an. Mit unserem Saatgut-„Einkaufsverhalten“ können wir, Bäuerinnen und Bauern, klare Marktsignale setzen: „Wer zahlt schafft an!“

Beim Saatgutkauf kann man sich für Unternehmen entscheiden, die auf die konventionelle und ökologische Saatgutzüchtung setzen. Ein weiteres Kaufkriterium kann sein, ob die Züchter über eine allgemeine GVO-Erklärung hinaus bereit sind, eine Bestätigung der Gentechnikfreiheit auszustellen. Im vergangenen Jahr hat die AbL 87 konventionelle, in der Maiszüchtung tätige Saatgutunternehmen bezüglich ihrer Züchtungspraxis und der Bereitschaft, Zertifikate über die Gentechnikfreiheit ihrer Produkte auszustellen, befragt (BS 2/09). Anlässlich der bevorstehenden Anbausaison wurde diese Umfrage im Januar 2010 telefonisch aktualisiert.

Es zeigte sich, dass es sehr wohl Saatgutunternehmen gibt, die derzeit keine GVO-Sorten im Programm haben, an keinen Sorten forschen und auch in Zukunft auf gentechnikfreie Züchtung setzen wollen. Hierzu gehört nach firmeneigenen Aussagen: die agaSAAT Maishandels-gesellschaft, die FarmSaat, Maisadour Deutsch-

land GmbH und die I.G. Pflanzenzucht GmbH.

Hinsichtlich der Erklärung der GVO-Freiheit ihres Saatgutes geben die Unternehmen i.d.R. eine allgemeine GVO-Erklärung ab, formuliert vom Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP): „Die gelieferten Sorten sind klassisch gezüchtet worden, ohne den Einsatz von gentechnischen Methoden... Die Saatgutvermehrung erfolgt auf offenem Feld,... es ist deshalb nicht möglich, das zufällige Vorhandensein von GVO's völlig auszuschließen und zu garantieren, dass die Saatgutpartien unserer Lieferungen frei sind von jeglichen Spuren gentechnisch veränderter Pflanzen. U.a. gibt die I.G. Pflanzenzucht GmbH eine solche Erklärung ab. Die agaSAAT untersucht nach eigenen Aussagen sämtliche Chargen auf GVO-Bestandteile, es kämen nur solche zur Auslieferung, die nach firmeneigenen Untersuchungen frei von GV-Bestandteilen sind. Untersuchungstestate werden nicht vorgelegt. Die FarmSaat vermehrt einen Großteil ihres Saatgutes in Österreich. Hier gilt: Zufällig oder auf technisch nicht vermeidbare Weise entstandene GV-Verunreinigungen von Saatgut dürfen in der Erstuntersuchung nicht vorhanden sein [=0 %], in der Nachuntersuchung darf der Wert von

0,1% nicht überschritten werden (§3, Saatgut-Gentechnik-Verordnung). Für in Deutschland vermehrtes Saatgut wird auch bei der FarmSaat die allgemeine GVO-Erklärung des BDP abgegeben. Maisadour Deutschland vermehrt den Großteil seines Saatgutes in Frankreich, entsprechend des agriconfiance-Siegels. Jede Charge wird untersucht. Es kommt nur Saatgut in den Handel, wenn keine GVO-Verunreinigungen festgestellt wurden. Bäuerinnen und Bauern sollten die Saatgutunternehmen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Saatgut steht am Anfang der Erzeugung gentechnikfreier Lebens- und Futtermittel. Nur wenn hier weiterhin auf Saatgutreinheit gepocht wird, wird es auch in Zukunft die Freiheit der Wahl geben, gentechnikfrei – sei es konventionell oder ökologisch – erzeugen und produzieren zu können. Deshalb müssen wir den Druck und unsere Forderungen weiter aufrecht erhalten und wir möchten auch Sie und Euch darin bestärken, an dem Anspruch der gentechnikfreien Produktion – von Anfang an – festzuhalten.

Annemarie Volling

Weitergehende Informationen und Nachfragen bitte an:

Annemarie Volling, Tel. 04131/400720

Anbieter

agaSAAT Maishandels-gesellschaft,
47506 Neukirchen-Vluyn,
T.02845/93697-24, Fax: -9,
www.agasaat.de

FarmSaat,
48351 Alverskirchen,
T.02582/66858-0, Fax: -15,
www.farmsaat.de

Caussade Saaten GmbH,
20537 Hamburg,
T. 040/8787886-0, Fax: -29,
www.caussade-saaten.de

EURALIS Saaten GmbH
22844 Norderstedt
T. 040/6088 77-0, Fax: - 11,
www.euralis.de

Maisadour Deutschland GmbH,
74855 Hassmersheim,
T. 06266/92990-0 Fax: -9,
www.maisadour.de

I.G. Pflanzenzucht GmbH,
80050 München
T. 089 / 53 29 50-0 Fax: 0 89 / 5 32 87 18,
www.ig-pflanzenzucht.de



Die Meinung eines Großteils der Bäuerinnen, Bauern und der Verbraucher ist eindeutig: Keine Gentechnik!

Foto: Redaktion

Mit Knebelverträgen und Patenten zum Weltmarktführer

Von Monsanto Bestreben, sich den Saatgutmarkt in den USA anzueignen

Fünf Jahre nach den ersten Berichten über den Agrarmulti Monsanto, der in den USA Farmer ausspioniert und juristisch verfolgt, ermittelt nun das US-Justizministerium wegen möglicher Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht. Im Mittelpunkt stehen diesmal nicht die Verträge mit den Farmern, sondern mit Saatgutfirmen. Wie die Nachrichtenagentur AP Mitte Dezember berichtete, zeigen vertrauliche Verträge zwischen Monsanto und Saatgutunternehmen, wie Mitbewerber aus dem Markt gedrängt wurden, kleinere Saatgutfirmen kontrolliert und die Vorherrschaft auf dem Milliardenmarkt mit Gentechnik-Saatgut erlangt wurde.

bis zu 80 Prozent des US-Mais mit patentierten Genen überzogen hat. Diese Praxis hat zu zwei großen Verfahren geführt. Eines mit Syngenta, das mit einer Übereinkunft beigelegt wurde, und ein laufendes Verfahren mit DuPont.

Kartellrecht berührt

In den Anfangsjahren der Gentechnik in den USA gab es weitere Vertragsbedingungen. Saatguthändler bekamen hohe Rabatte, wenn mehr als 70 Prozent des Maissaatguts von Monsanto stammte. Ein Anlass für das Verfahren zwischen Syngenta und Monsanto.

Für kleinere Saatgutfirmen schien vor



Cornflakes in der Hand von Monsanto?

Foto: USDA

Lebensmittelproduktion kontrollieren

AP geht soweit, sinkenden Wettbewerb im Saatgutmarkt und einhergehende Preissteigerungen mit ihren Auswirkungen für Verbraucher zu schildern: „Die Cornflakes für ihr Frühstück, die Limo ihres Mittagessens und der Rindfleischintopf des Abendessens wurden vermutlich mit Pflanzen produziert, die patentierte Gene von Monsanto enthalten.“ So steigerte das Unternehmen 2009 die Preise für Maissaatgut um 25 Prozent und plant weitere sieben Prozent in 2010.

Eine Vertragsbedingung verbietet Unternehmen, Pflanzen zu züchten, die neben den patentierten Gen-Abschnitten von Monsanto auch welche von Mitbewerbern enthalten – bis Monsanto seine Zustimmung erteilt. Mit dieser Klausel hatte der US-Multi einen erfolgreichen Schlüssel, um Mitbewerber beim Versuch auszubremsen, ihre ebenfalls patentierten Gen-Abschnitte im US-Markt zu platzieren, da Monsanto bis zu 95 Prozent der US-Sojabohnen und

allein eine Klausel verhängnisvoll zu sein. Sobald sie von anderen Unternehmen aufgekauft wurden, mussten sie unverzüglich ihre Bestände zerstören, die Monsanto's Gene enthielten. Das US-Justizministerium untersucht gegenwärtig Unterlagen und befragt Mitarbeiter der Unternehmen. Im Bundesstaat Iowa ermittelt der Generalstaatsanwalt wegen möglicher Verstöße gegen das Kartellrecht. In Texas sollen ähnliche Überlegungen vom Generalstaatsanwalt angestellt werden.

Wie beim Monsanto-Saatgutvertrag mit den Farmern sind die Verträge selbstverständlich vertraulich. Selbst bei Nicht-Unterzeichnung wagen die Unternehmen nicht, die Verträge an die Nachrichtenagentur weiterzugeben. Monsanto kommentierte die Vorwürfe als substanzlos, aber über Details könne keine weitere Auskunft erteilt werden, da sie vertraulich und Gegenstand weiterer Verhandlungen seien.

Mute Schimpf

Kurzes am Rande

Greenpeace kippt Amflora ab

„Ministerin Aigner muss den Tatsachen ins Auge sehen: Die Gen-Kartoffel birgt erhebliche Risiken, ist gesellschaftlich unerwünscht, technisch veraltet und damit überflüssig“, sagte Martin Hofstetter, Gentechnik-Experte von Greenpeace auf der Grünen Woche in Berlin, nachdem Aktivisten der Umweltorganisationen Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner einen Korb mit der Gen-Kartoffel Amflora vor die Füße gekippt hatten. „Kartoffeln mit ähnlichen Eigenschaften sind marktreif“, fuhr Hofstetter fort, „Als Verbraucherministerin sollte Aigner die Interessen der Bevölkerung vertreten und sich nicht vor den Karren der Gentechnik-Branche und der FDP spannen lassen.“ pm

Patentstreit um Umckaloabo

Ein Bündnis aus südafrikanischen Patentgegnern und deutschen Entwicklungsgruppen kämpft gegen ein Patent, das das europäische Patentamt der deutschen Firma Schwabe erteilt hatte. Es geht um Herstellungsverfahren des pflanzlichen Erkältungsmedikamentes Umckaloabo, das sich gerade in Deutschland großer Beliebtheit erfreut. Schwabe beruft sich auf ordnungsgemäße Verträge und Vorteilsausgleiche für südafrikanische Lieferanten des Rohstoffs aus der Pellargonie. Die Gegner des Patents berufen sich auf den zunehmenden Raubbau der nicht geschützten Pflanze und beklagen die Schwabe-Verträge als reine Alibi-Persilscheine. pm

Round up Risiko bestätigt

Das renommierte Wissenschaftsmagazin *New Scientist* bestätigte Untersuchungen, wonach das Totalherbizid Round up zu erheblichen Gesundheitsschäden bei Mensch und Tier führt. Bereits ein Jahr alte Ergebnisse wurden nachrecherchiert und führten zu denselben besorgniserregenden Erkenntnissen. Für die Herstellerfirma Monsanto bedeute das lapidar keine neuen Risiken für die Verbraucher. Andersherum heißt das aber, dass endlich Schlussfolgerungen aus den alten Erkenntnissen gezogen und Round up vom Markt verbannt werden sollte. cs

Kritischer Agrarbericht vorgestellt

Schon traditionell stellt das Agrarbündnis als breites gesellschaftliches Bündnis von Landwirtschafts-, Umwelt-, Tierschutz-, Verbraucher-, und Entwicklungsorganisationen auf der Grünen Woche in Berlin jährlich den Kritischen Agrarbericht vor. Diesmal liegt der Schwerpunkt des umfassenden Werkes auf dem Thema Boden. Das Thema Boden werde seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt, obwohl er die primäre Ressource aller Landbewirtschaftung und Nahrungsmittelproduktion sei, so Agrarbündnis-Geschäftsführer Frieder Thomas. „Der kritische Agrarbericht bestätigt erneut, dass ein wirksamer Bodenschutz in der Landwirtschaft fehlt“, konstatiert auch Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bernd Voß ging vor allem auf das Thema Milch ein und wirft sowohl Bundesregierung als auch Agrarindustrie Täuschung der Öffentlichkeit vor: „Die Bundesregierung wie auch die agrarindustriellen Verbände geben vor, einen Beitrag zum Klimaschutz und zur weltweiten Hungerbekämpfung leisten zu wollen. Tatsächlich aber geht es ihnen allein darum, die Fleisch- und Milchproduktion in Deutschland für den Export noch weiter anzuhetzen.“ pm

Teure CMA-Reste füllten Hallen

Wie das Magazin *Focus* berichtete, füllten unverbrauchte Werbeartikel der CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft mbH) noch kurz vor Jahresende 2009 mehrere Hallen. „In einem Rostocker Hochregallager befinden sich etwa 2.500 Paletten“ wird Hermann Bimberg zitiert, einer von zwei Geschäftsführern des bauernverbandsnahen Landwirtschaftsverlages in Münster. Verschiedenes lag da auf Halde: Nicht nur Broschüren, sondern auch Plastiktüten, Kugelschreiber und USB-Speichersticks. Ein anderes Lager befindet sich in Düsseldorf. Dort lagerten laut *Focus* fast 1.000 Messestände, Fußbälle, Schürzen, Kochmützen und über 500.000 Deutschland-Wimpel. Alles bezahlt aus den bekanntlich verfassungswidrig eingetribenen Zwangsabgaben der Bauern. Nun geht es nur noch um Entsorgung, denn laut Bimberg liegen die Mietverträge über die Lagerhallen zum Jahresende aus, „dann muss alles raus sein.“ Zu Geld machen ließ sich das Material offenbar nicht. Denn wer das Zeug haben wollte, musste jedes einzelne CMA-Logo von jedem einzelnen Teil entfernen oder überkleben. uj

Rassisten-Jagd auf Sklavenarbeiter

Seit 20 Jahren werden in Süditalien rechtlose und illegale Arbeiter bei der Orangen- und Mandarinerernte eingesetzt, vor allem illegale Flüchtlinge. Die unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen: 20 Euro Tagesverdienst für 14 Stunden Schwerstarbeit, abzüglich 5 Euro Abgabe an den Arbeitsvermittler bzw. die Mafia. Keine Gesundheitsversorgung, Schlafen auf nacktem Zement, eine Chemo-Toilette für 200 Personen. Seit kurzem ist eine EU-Agrarreform in Kraft, wegen der Entkoppelung Flächenprämien von der Produktion bekommt man Subventionen auch ohne Ernte. Da brauchen viele die Arbeiter nicht mehr. Zudem drücken Billigimporte aus Brasilien auf die Orangensaftpreise. So brachte man die Erntehelfer um ihren Lohn. Bürgerwehren, unterstützt von der Mafia, vertrieben die Einwanderer brutal aus den Lagern, begleitet von einer rassistischen Hetze der rechtsextremen Regierungspartei Lega Nord. Nach Schüssen auf die Arbeiter blockierten diese Straßen, demonstrierten vor dem Rathaus und forderten mehr Schutz gegen Gewalt. Es kam erneut zu Schüssen auf die Demonstranten und zu einer „Jagd auf die Einwanderer“ (so die UN-Flüchtlingsorganisation) im Ort Rosarno. Beobachter fühlten sich an Szenen aus den Balkankriegen erinnert. Immerhin erreichten die Landarbeiter, dass eine staatliche Kommission nun Schritte zur Verbesserung ihrer Lage einleiten soll. Wie der *Spiegel* berichtet, fällt demnächst auch die Koppelung von Erntemenge und Subventionen bei den italienischen Tomaten. *pm*

Systematische Überschussproduktion

2009 wurden in Deutschland 6,45 Millionen Tonnen Schweinefleisch inklusive Importe vermarktet. Angesichts eines inländischen Verbrauchs von nur 4,35 Mio. t müssen 2,1 Mio. t irgendwie im Ausland abgesetzt werden. Der Verbrauch ist in den letzten zehn Jahren leicht gesunken, die Importe blieben mit ca. 1 Mio. t ziemlich stabil, nur die deutsche Erzeugung stieg von 4 auf 5,3 Mio. t. *pm*

K+S muss Preise senken

Nach monatelanger Preisunsicherheit bei Kali-Düngemitteln und einem Rückgang der Kalidüngung um 65 % gegenüber dem Vorjahr sah sich die marktdominierende K+S Kali GmbH nun gezwungen, den Kalipreis zu senken. 40er Kali ist beim Landhandel nun für 230 €/t statt für 275 €/t zu beziehen. Auch der Absatz von Mehrnährstoffdünger stockt seit einem Jahr wegen der hohen Preise der darin enthaltenen Kalikomponente. Vertreter der Landwirtschaft kritisierten die Preisgestaltung der Düngemittelhersteller, die trotz Kenntnis der Einkommenslage der Bauern noch bis zum Herbst den Zwischenhandel dazu erpresst hätten, die Düngerpreise hoch zu halten. Für das internationale Leitprodukt 60er Kali kündigt K+S allerdings laut *Agrarzeitung* bereits wieder eine Preiserhöhung um mindestens 10 €/t an. *pm*

Stickstoff-Rätsel

Lässt der Stickstoff-Marktführer Yara demnächst „die Muskeln spielen“? Oder senkt auch Yara die Preise für Kalkammonsalpeter (KAS) unter dem Druck anhaltend preisgünstiger Harnstoff-Importe? Oder sind die vermuteten preissteigernden Nachfragerhöhungen aus Indien, Nordamerika und Westeuropa doch mehr als nur eine Spekulationsblase? Wie groß sind die Vorräte beim Handel? Wird AHL-Flüssigdünger teurer, oder bleibt der Preis durch Lieferungen aus Trinidad und gut gefüllte Handelstanklager stabil? Sind die Berichte über große Vorräte an Diammonphosphat (DAP) beim Handel zuverlässig? So viele Fragen, so wenig Antworten auch in diesem Frühjahr. Fazit eines Artikels in *top agrar*: Die „Zeit der Schnäppchen“ ist offenbar vorbei, zumindest einen Teil des KAS-Frühjahrsbedarfs kaufen, hart verhandeln. „Volatile Märkte“ nennt man so was beschönigend. Konzernmacht inbegriffen. Und alles natürlich ohne Gewähr. *en*

Hohe Preise in armen Ländern

Trotz weltweit niedriger Getreidepreisnotierungen liegen laut FAO die Getreidepreise in vielen Entwicklungsländern immer noch auf dem Hochpreisniveau von 2007 oder sogar darüber. Das führe zu vermehrtem Hunger bei der armen Bevölkerung in den Städten und auch auf dem Land, wo die Menschen einen großen Anteil ihres Einkommens für Nahrung ausgeben müssten. Die Gründe laut Welternährungsorganisation: Geringe Ernten, teure und verzögerte Importe, höhere Transportkosten, Transportengpässe, starke Nachfrage von benachbarten Staaten und höheren Einkommensgruppen, Änderungen bei Handelsströmen und Währungen und Änderungen in der Agrar- und Handelspolitik. *pm*

Kurzes am Rande

Das Ende der Impfung

Die Pflichtimpfung gegen das Blauzungenvirus endete zum Jahreswechsel

Noch im vergangenen Sommer kochten die Wogen hoch. Viele Bauern wollten sich nicht vom Friedrich-Löffler-Institut, der Bundesregierung und der EU bevormunden lassen. Eine verpflichtende Impfung aller Wiederkäuer gegen das Blauzungenvirus lehnten sie ab. Auf freiwilliger Basis, so die Forderung, sollte es jedem Tierhalter selbst überlassen bleiben, ob er seine Tiere impft oder nicht. Zum Ende des Jahres hat der Bundesrat jetzt ein Ende der Impfpflicht beschlossen: „Durch die Pflichtimpfung in den Jahren 2008 und 2009 konnte die Blauzungenkrankheit weitgehend zurückgedrängt werden. Das nunmehr erreichte Sicherheitsniveau erlaubt es, da zwischenzeitlich auch zugelassene Impfstoffe auf dem Markt sind, die Blauzungenimpfung primär in die Hände der Tierhalter zu geben“, so die Begründung des Beschlusses. Die Empfehlungen des Friedrich-Löffler-Instituts (FLI) hingegen besagten, dass nur bei einer flächendeckenden Impfung über mehrere Jahre, bei der über 80 Prozent der Wiederkäuer geimpft würden, eine Chance bestünde, die Tierseuche auszurotten. Über 80 Prozent, das hieße alle wiederkäuenden Nutztiere müssten geimpft werden, da die wild lebenden Rehe, Hirschen usw. in jedem Fall für eine Impfung unerreichbar blieben. Ein zweiter Punkt sprach für die 80 Prozent. Nur in diesem Fall nämlich beteiligte sich die Europäische Union an den Impfkosten.

Erzwungene 80 Prozent Impfdichte

Auch aufgrund der bundesweit angedrohten Sanktionen von öffentlicher Seite lag die Impfquote im vergangenen Jahr nach Aussage des FLI bei über 80 Prozent. Bezahlt wurde dieses „Erfolgs“-Ergebnis unter anderem mit einem enormen Vertrauensverlust bei den Landwirten. Anfängliche Bedenken der Tierhalter wurden von Seiten der Veterinärämter ignoriert, das Auftreten von Nebenwirkungen als unbedenklich betrachtet. Veterinärmediziner Prof. Dr. Theo Mantel, Präsident des Bundestierärzterverbandes: „Die Häufigkeit der Impfkomplikationen lag vergleichbar wie bei allen anderen Impfungen, die wir durchgeführt haben: Bei der Häufigkeit von 1:30.000 oder 0,003 Prozent.“

Viele Landwirte indes klagten über Komplikationen in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung ihrer Tiere. Verkälbungen, Trächtigkeitsstörungen und Unfruchtbarkeit waren nur einige der von den Tierhaltern beobachteten Beeinträchtigungen. Den wissenschaftlich belastbaren Beweis über den Zusammenhang zwischen Impfung und Erkrankung zu führen fällt den Praktikern schwer. Auch weil von offizieller Seite keinerlei Hilfestellung zu erwarten war. Unter den Bauern führte dies zu einer – regional unterschiedlich ausgeprägten – Solidarisierung und einem fachlichen Austausch. Die Interessengemeinschaft für Gesunde Tiere gründete sich. Unterdessen weigerte sich eine steigende Zahl von Bauern, ihre Tiere zu impfen. Die Veterinärämter drohten mit Bußgeldern und Zwangsimpfung. Konten wurden gesperrt und Bestände unter Polizeischutz geimpft. Das alles war im vergangenen Jahr. Sollte Teil einer langangelegten Ausrottungsstrategie sein. Diese endete jetzt mit dem Bundesratsbeschluss: Ein Gewinn der Tierhalter? Was die Selbstbestimmung angeht in jedem Fall, denn ab jetzt kann jeder Halter selbst entscheiden, ob er impft oder nicht. Das FLI sowie die Tierseuchenkassen gehen von einem deutlichen Rückgang der Impfquote aus. Schätzungen liegen bei 20 bis 40 Prozent der Betriebe. Verstärkt wird dies sicherlich durch die steigenden Impfkosten, da es in diesem Jahr keine zentrale Impfstoffbeschaffung geben wird, die im vergangenen Jahr zu niedrigen Preisen der Einzeldosen von 60 bis 70 Cent führte. Während die Tierarztkosten teilweise weiterhin von den Tierseuchenkassen bezuschusst werden, müssen die Impfstoffkosten zukünftig von den Landwirten getragen werden. Nicht abschließen geklärt ist, inwieweit die Tierhalter die Impfung selbst vornehmen können, wenn die Krankheit ihren Seuchenstatus verliert.

Erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass viele der Buß- und Zwangsgeldverfahren aus dem vergangenen Jahr zugunsten der Landwirte eingestellt werden. Näherer Informationen hierzu findet man auf den Seiten der Anwalskanzlei Schneider und Kollegen (www.schneider-collegen.de). *mn*



Blauzunge: Wenig Chancen für Ziegen, wenn sie infiziert sind.

Foto: Schievelbein

Ein wohlverdienter Preis

Gerhard-Thielcke-Naturschutzpreis für Anneliese Schmeh

Anstatt alte Feindbilder zu pflegen, sei es viel wichtiger, aufeinander zuzugehen, Diskussionsbereitschaft zu entwickeln und gemeinsam Politik zu machen. So Anneliese Schmeh bei ihrer eindrucksvollen Rede anlässlich der Verleihung des Gerhard-Thielcke-Naturschutzpreises. Als Gründungsmitglied und langjährige Vorsitzende des AbL Landesverbandes Baden-Württemberg, nahm sie den durch den BUND verliehenen Preis im Rahmen der traditionellen Naturschutztage am Bodensee entgegen. In ihrer Rede betonte sie die große Bedeutung, die einer Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zukomme. Anneliese Schmehs Engagement ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie fruchtbar eine solche Zusammenarbeit sein kann.

„Ob bei Aktionen gegen Gentechnik, in der Direktvermarktung oder bei der Erhaltung des regionalen Schlachthofs in Überlingen – immer hat Frau Schmeh durch ihr Wissen, ihren Mut, ihre Energie und ihr Verhandlungsgeschick beeindruckt“, erklärte die BUND-Landesvorsitzende Dr. Brigitte Dahlbender in ihrer Laudatio und betonte: „Nicht nur aufgrund ihrer Kooperationsbereitschaft genießt sie große Hochachtung in der Region. Ihre Meinung zählt in der Landwirtschaft, bei den Bürgern und auch bei den Umweltverbänden.“ Die 56-jährige Bäuerin und Landwirtschaftsmeisterin übernahm 1984 den Hagenweiler Hof in Überlingen-Lippertsreute von ihrem Vater. 1986 trat sie dem Bioland-Verband bei und stellte auf ökologische Landwirtschaft um. Seit 2006 bewirtschaftet sie den 40 Hektar großen Hof mit Ackerbau, Grünland, 30 Milchkühen, Rinder- und Ochsenmast sowie der Direktvermarktung gemeinsam mit ihrem Sohn. Anneliese Schmehs langjähriges und konsequentes Engagement reicht von „kleinen Gesten“ wie beispielsweise Heckenpflanzungen und dem Anbringen von Eulenkästen auf dem eigenen Hof bis hin zu „großen Taten“. Zu eben diesen größeren Verdiensten gehört auch ihr unermüdlicher Einsatz für den Erhalt des regionalen Schlachthofs in Überlingen. Anfang der 1990er Jahre durch das Schlachthofstrukturgesetz bedroht, wäre die Schließung ohne den beharrlichen Kampf der von Anneliese Schmeh ins Leben gerufenen „Initiative Überlinger Schlachthof“ vermutlich geräuschlos von stat-

ten gegangen. Nachdem viele Jahre in den sanierungsbedürftigen Räumen des ehemaligen Schlachthofes gearbeitet wurde, ist seit 2004 nun die neue Schlachtstätte in Betrieb. Metzger, Landwirte, Hofläden und die AbL sind heute Gesellschafter des Überlinger Schlachthofs. Der Schlachthof sichert die regionale Vermarktung und schützt Erzeuger vor Abhängigkeit von weiter entfernten Großschlachthöfen.

Auch bei der Debatte um die Einführung der Gentechnik ist Anneliese Schmeh engagiert. 2004 wurde von Kommunen und Bauern in Überlingen und Umgebung die erste gentechnikfreie Region in Baden-Württemberg ausgerufen. Anneliese Schmeh war dabei die treibende Kraft. Über 5.000 Hektar werden seither gentechnikfrei bewirtschaftet.

Um das Recht der Bauern, ihre eigene Ernte aussäen zu dürfen, gegenüber den Zuchtunternehmen zu verteidigen, hat sie 1998 gemeinsam mit andern AbL-Mitgliedern die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren gegründet. Diese Initiative ist 1998 gegen die Abschaffung des Landwirteprivilegs angetreten. 1988 war Anneliese Schmeh außerdem Mitgründerin des Neuland-Vereins für artgerechte Tierhaltung. Schon 1988 hat Anneliese Schmeh den Verein Neuland für artgerechte Tierhaltung mitbegründet. Nach vielen Jahren erfolgreichem Einsatz für ökologische und gesellschaftliche Belange ist das nun ein wohlverdienter Preis für Anneliese Schmeh. Herzlichen Glückwunsch! *aj*

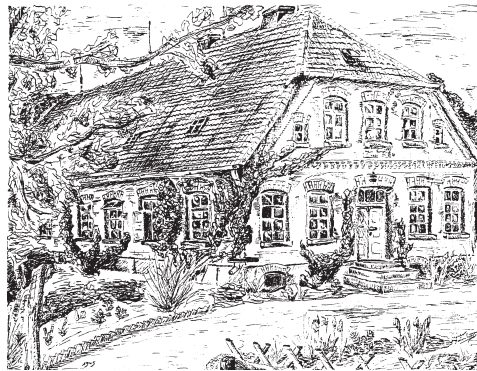


Preisträgerin: Anneliese Schmeh

Foto: Jepsen

Verpasst!

Gehst du wieder zu deinem Belustigungsverein? fragt mein Mann mit leicht ironischem Unterton. Ich habe angefangen, mir kleine Inseln zu schaffen wegen der Work-Life-Balance, wie man heute so schön sagt, und um die Pflege der Schwiegermutter psychisch besser zu verkräften. Deshalb bin ich vor ca. zwei Jahren in den Landfrauenverein eingetreten. Obwohl von der Struktur her leicht über-



....aus Niedersachsen

alt, erschien mir der Verein passend, denn die Veranstaltungen sind vorwiegend auf die Wintermonate gelegt und zur Melkzeit bin ich wieder zuhause. Neben unkomplizierten Alltagsgesprächen wird ein Zusammengehörigkeitsgefühl vermittelt und das Programm ist durchaus vielseitig und informativ. Die Damen des Vereins waren mir fast alle unbekannt. Die letzten 30 Jahre habe ich vornehmlich auf dem Betrieb gearbeitet und nur Bekanntschaften innerhalb

des Dorfes gepflegt. Zuhause ist alles durchorganisiert und ich freue mich auf die Fahrt des Landfrauenvereins zur BUGA. Sollte ich mir das etwa entgehen lassen, nur weil unsere oberste Vorsitzende bei Frau Merkel unpassende Äußerungen von sich gegeben hat? Ich verbrachte eine schlaflose Nacht und träumte: Sie sagt, sie vertritt 500 000 Landfrauen. Wie viele davon mögen Milchbäuerinnen sein? geht es mir durch den Kopf. „Manche Betriebe müssen eben weichen“, sagt wieder die Stimme. Plötzlich bin ich mir ganz sicher: Damit hat sie mich gemeint!!! Aber sie kennt mich doch gar nicht! Schweißgebadet wache ich auf. Ich bin entschlossen, ja morgen sage ich allen die Meinung. Sie sollen mir Rede und Antwort stehen, wie das mit der LIDL-Spende zustande gekommen ist und was sie von den Äußerungen der Brigitte Scherb halten. Schon im Bus werde ich das Mikrofon nehmen und die Sache klarstellen. Im Kopf formuliere ich die passenden Sätze; notfalls einen Spickzettel einstecken. Völlig unausgeschlafen besteige ich am nächsten Morgen den Bus und verschaffe mir erstmal einen Überblick. Könnten (Milch-) Bäuerinnen dabei sein? Wohl eher nicht, jedenfalls nur wenige Aktive. Ich bin deplaziert und es verlässt mich der Mut angesichts der fröhlichen Gesichter. Soll ich ihnen den Tag verderben? Vielleicht findet sich im Laufe des Tages ein passender Moment für ein Gespräch mit unserer Vorstandsvorsitzenden. Die BUGA erstreckt sich über ein großflächiges Gelände und ich sehe meine Mitreisenden erst zur Heimfahrt wieder. Jetzt sind die einen von den Eindrücken überwältigt und die anderen einfach nur k. o. Kurz vor der Ankunft erzähle ich meiner Sitznachbarin doch noch von meinem verpassten Vorhaben. Im Gegenzug werde ich gefragt: Was unterscheidet denn eigentlich eine Milchbäuerin von einer „normalen“ Bäuerin? Und wer ist Brigitte Scherb?

Eine Bäuerin (51 Jahre) erzählt ...

Entstehung von Regionalmolkereien

Wohin mit der Milch? Eine Studie über Gründungen von eigenständiger Verarbeitung und Vermarktung

Welch eine faszinierende Idee: statt die Milch an eine der nächstgelegenen großen Molkereien abzuliefern, lieber die Verarbeitung und Vermarktung selbst in die Hand nehmen und eine Regionalmolkerei gründen! Mich jedenfalls beschäftigt dieser Gedanke – vor allem wenn mehrere landwirtschaftliche Betriebe daran beteiligt sind – schon seit langem. Zum einen werden so dezentrale, regionale Strukturen unterstützt, und zum anderen kann dies eine direktere Mitbestimmung der Milchviehbetriebe an der Weiterverarbeitung ermöglichen. Aber wie läßt sich ein so komplexes Projekt, welches viel Zeit, hohen persönlichen Einsatz und vor allem auch Geld erfordert, erfolgreich umsetzen? An Hand von Praxiserfahrungen sowie der fachkundigen Hilfe des VHM (Verband für handwerkliche

ten, dass man an das Ziel direkt kommt. Das kann manchmal ganz kuriose Umwege machen“, so einer der Befragten

Verschiedene Konzepte

Grundsätzlich lassen sich zwei Wege ausmachen, die eine Regionalmolkerei aus der Landwirtschaft heraus entstehen lassen: entweder weitet eine Hofmolkerei ihre Verarbeitung aus und sucht sich zu diesem Zweck andere Betriebe, die Milch liefern möchten, oder es findet ein direkter Zusammenschluß mehrerer Landwirte statt. Im ersten Fall bietet das langsame „Hereinwachsen“ in die Vermarktung einen Vorteil – bei einer Kooperation ist es hingegen möglich, die finanzielle Last zu teilen und alle direkt an Planungen und Entscheidungen zu beteiligen. Zu beachten ist, dass

die Finanzierung einer Regionalmolkerei ist die Finanzierung. Diese konnte meist nur durch die Einbeziehung Außenstehender realisiert werden. Zum einen wurden Personen oder Organisationen in den Kreis der Gesellschafter aufgenommen, was diesen allerdings auch ein Mitbestimmungsrecht verschafft. Zum anderen konnten direkte Kredite von Privatpersonen aus dem sozialen Umfeld genutzt werden und in einem Fall wurde ein Bankkredit der GLS über Kleinbürgschaften abgesichert. Eine verblüffende Form der organisatorischen Unterstützung kam in drei Fällen von großen Molkereiunternehmen, die sich auf die Abnahme von Restmilchmengen eingelassen haben und zunächst weiterhin die Quotenabrechnung für die Gesamtmilchmenge gewährleisten.

An der Vermarktung hängt alles

Der oftmals schwierige Einstieg in die Vermarktung stellt für viele Initiativen ein Problem dar. Je nach Sortiment und Produktmenge müssen passende Absatzmöglichkeiten gefunden werden. Dabei spielen auch persönliche Vorlieben und Erfahrungen zur Verlässlichkeit oder Absatzstärke der Abnehmer eine Rolle. Die Direktvermarktung wird zudem von der regionalen Einbettung beeinflusst. So war es für eine Initiative ein „Hürdenlauf, den Schritt zu schaffen, dass man allgemein bekannt ist und anerkannt“, da auf Grund von Mißverständnissen eine Ablehnung auf Seite der regionalen Bevölkerung entstanden war.

Wenig beeinflussbar ist sicherlich die Situation auf dem Gesamtmilchmarkt. Da kann es sich als Erfolgsfaktor für kleine Verarbeitungsunternehmen erweisen, wenn schon Kontakte zu Abnehmern bestehen bzw. durch Kontaktmöglichkeiten zu Endkunden Nischen und spezielle Wünsche erkannt und angeboten werden können.

Nur wenn die wirtschaftliche Situation des Verarbeitungsbetriebes durch einen entsprechenden Vermarktungserfolg es zuläßt, können sich die Landwirte einen guten Milchpreis auszahlen, weil dieser sonst auch in Regionalmolkereien als eine effektive Stellschraube genutzt werden muß.

Christine Weißenberg

„Wie entsteht eine Regionalmolkerei? eine Analyse von Praxiserfahrungen zum Entstehungsprozeß von regionalen Molkereien
Bachelorarbeit an der Uni Kassel/Witzenhausen

Agrarindustrielle „Biohaltung“

Mit Biozertifikat baut der mit dem Eierkonzern „Deutsche Frühstücksei“ verbundene Agrarindustrielle Heinrich Tiemann („Wiesengold-Landei GmbH“) gegenwärtig in Mecklenburg zahlreiche Legehennenfarmen mit jeweils 30.000 Tieren auf. Sein Partner Georg Meyer erklärte dem *Nordkurier*, Farmen unter 30.000 seien nicht wirtschaftlich. Gegen die Baupläne gibt es Proteste in Wildkuhl und an mehreren Standorten.

Die Vorschriften von Neuland und Bioverbänden erlauben nur Herdengrößen von 3.000 bis 10.000 Tieren. en



Auf der Alb. Auch eine Form der Regionalmolkerei.

Foto: Schievelbein

Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V.) ging ich dieser Frage 2009 im Rahmen meiner Bachelorarbeit nach. Aus der Vielfalt der vorhandenen Beispiele habe ich sechs Initiativen aus verschiedenen Regionen Deutschlands als bunten Ausschnitt gewählt: Groß und klein, Käseerei und Molkerei sowie ein Vermarktungszusammenschluß, langjährig dabei und neu gegründet – aber auch ein fehlgeschlagenes Beispiel – all dies ist vertreten. Eine ‚Regionalmolkerei‘ ist hierbei als ein milchverarbeitendes Unternehmen mit einem Betriebsstandort zu verstehen, welches aus einer lokalen Initiative entstanden ist und mehreren Milchviehhaltern aus der Region als Vermarktungsweg dient. Nach langen Gesprächen und einer wahren Informationsflut wagte ich eine Dokumentation der Entstehungsprozesse sowie einen Vergleich der Herangehensweisen. Eins war schnell klar: „Wenn man ein Ziel hat, dann darf man nie erwar-

letztendlich die Wahl der Organisationsform den Grad der Beteiligung sowohl am Risiko als auch an Entscheidungen bestimmt.

Eines ist allen untersuchten Initiativen gemeinsam: Es sind beharrliche Menschen, die das Ziel haben, eine eigene Milchverarbeitung und -vermarktung auf die Beine zu stellen – auch um „eine Chance zu bieten für Betriebe, die umstellen wollen“.

Im Entstehungsprozeß sowie in der Anfangsphase der Projekte hatten alle mit individuellen Problemen zu kämpfen, die jedoch immer wieder die gleichen Bereichen betrafen. Es bietet sich in jedem Fall an, während der Planung bestehende Regionalmolkereien zu besuchen, um aus deren Erfahrung und Fehlern für die eigene Umsetzung lernen zu können.

Viele Auflagen kosten Geld

Eine der größten Hürden für die Grün-

Leben, Arbeiten und Erholen im ländlichen Raum

Bemerkenswerter Tagungsband aus Mecklenburg-Vorpommern

Am 14. Mai 2009 fand in Schwerin eine Tagung statt, veranstaltet von BUND, AbL und MILAN (mit Lust an der Natur), einem Unternehmensverband in Vorpommern. Ziel war es, die Entwicklungspotentiale Mecklenburg-Vorpommerns (M-V) auf dem Lande auszuloten. Dazu lieferten Referenten aus der Wissenschaft, Landwirtschaft, dem Tourismus und Umweltverbänden Beiträge, die nun in einem lesenswerten Tagungsband zusammengefasst sind.

Jörg Kröger von MILAN betont in seinem Beitrag die große Bedeutung einer bäuerlichen Landwirtschaft für die Entwicklung des Tourismus. Große Schweine- und Geflügelmastanlagen sind mit dem Fremdenverkehr nicht kompatibel. Dies illustriert er am eigenen Beispiel: Dreißig touristische Unternehmen im Tollensetal sind in ihrer Existenz gefährdet, weil ein Niederländer, offenbar mit Rückendeckung durch die Landesregierung, eine Sauenanlage mit 10.000 Sauen bauen will.

Helmut Klüter, Professor für Geographie an der Universität Greifswald beleuchtet im Detail die Schwäche länd-

licher Regionen in M-V. Einen Hauptgrund dafür benennt er mit wünschenswerter Deutlichkeit: „Die misslungene Reprivatisierung nach der Wende behindert die breite Kapitalbildung im ländlichen Raum. Im Agrarland M-V gab es 2007 5.432 landw. Betriebe, im Industrieland NRW 47.511. Die agrarische Fläche war in NRW mit 1.503.200 ha nur wenig größer als in M-V mit 1.355.800 ha. Mit 144.600 Beschäftigten in der Landwirtschaft übertraf NRW M-V um das Fünffache. Klüter weist weiter darauf hin, dass in M-V schon heute mehr Personen im Tourismus beschäftigt sind, als in der Landwirtschaft. Dennoch haben agrarindustrielle Anlagen Priorität, wie Klüter am Beispiel des Tollensetals zeigt. Das Landesraumentwicklungsprogramm von 2005 weist danach in dieser Region Vorbehaltsgebiete für den Tourismus aus. Jedoch, nachdem Pläne für eine große Schweineanlage von einem niederländischen Investor vorgelegt wurden, wurde im Regionalen Raumentwicklungsprogramm das Vorbehaltsgebiet Tourismus genau um die-

sen Bereich reduziert. Klüter macht damit deutlich, dass es die politischen Entscheidungen, insbesondere der Vorrang der Agrarindustrie vor den Entwicklungsmöglichkeiten des Tourismus sind, die die Entleerung und Devastierung der ländlichen Regionen im Osten möglich machen und beschleunigen. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit artgerechter Tierhaltung mit Weidenutzung, damit, dass bäuerliche und ökologische Landwirtschaft erst eine höhere Wertschöpfung möglich machen und dass diese Bewirtschaftungsweisen auch mit anderen Wirtschaftsbereichen verträglich sind. Dies unterstreicht auch Gertrud Cordes, Betreiberin des Gutshauses Stellshagen am Klützer Winkel. Sie betonte dabei in ihrem Beitrag besonders die Problematik der Grünen Gentechnik.

Ostdeutsche Probleme

Der Tagungsband schließt mit agrarpolitischen Forderungen, die letztlich die Verträglichkeit von Landwirtschaft und Tourismus betreffen.

Wer sich mit der Problematik länd-

licher Regionen in Ostdeutschland beschäftigt, dem bietet dieser Tagungsband wichtige Informationen. Er ist ein wichtiges Dokument, weil er den Kern der ostdeutschen Misere aufdeckt.

Der Tagungsband kann gegen eine Schutzgebühr von 5 EUR in seiner Druckfassung bezogen werden (info@milaninfo.de; burkhard.roloff@bund.net) oder er ist auch als elektronische Version verfügbar.

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht
bitte ankreuzen

Ausgabe: 2010 2009 2008 2007 2006 2005 2004
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 € NEU!
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt,	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stürwoldt live, CD,	Stückpreis 13,90 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

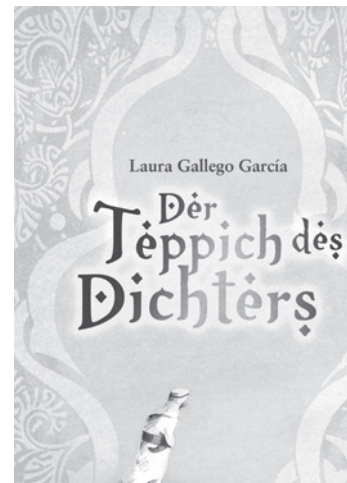
Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Der Teppich des Dichters

Der junge Prinz Walid aus Arabien hat einen Traum. Er will der berühmteste Dichter des Landes werden. Beim Dichterwettbewerb besiegt ihn jedoch ein einfacher, armer Teppichweber aus einer entlegenen Oase. Der Prinz, in seiner Ehre gekränkt, sinnt auf Rache. Er verlangt von dem Mann eine schier unlösbare Aufgabe: Er soll einen Teppich weben, der die gesamte Geschichte der Menschheit darstellt. Ihre Vergangenheit, die Gegenwart und ihre Zukunft. Der verzweifelte Teppichweber macht sich an die Arbeit. Doch zum Schrecken seiner Frau und seiner drei Söhne nimmt die jahrelange Arbeit ein furchtbares Ende. Auch Prinz Walid wird daraufhin hineingezogen in eine abenteuerliche Suche durch die Wüste. Die Erkenntnis, etwas Unrechtes getan zu haben, führt ihn zu Beduinen, Kaufleuten und Gesetzlosen und letztlich zu sich selbst. Ein spannender Roman über das Leben in der Wüste, über die Magie der Worte und der großen Suche nach dem eigenen Weg. Ein packender Jugendroman aus einem fernen Land. Als Geschenk, zum Träumen und Versinken an kalten Wintertagen. mh

„Der Teppich des Dichters“,
Laura Gallego, Gerstenberg-
Verlag, ISBN 978-3-8369-5250-7,
208 Seiten, 14,90 Euro, zu beziehen über den AbL-Verlag.



(Klein) Anzeigen

Hof und Arbeit

● Milchviehbetrieb (80 Kühe, 150 ha Acker/Grünland) im südwestlichen SH sucht längerfristig MitarbeiterIn, der/die den Betrieb selbstständig leiten kann. ☎ 0173 91 35 092

● Wir (6 Erw/4 Kinder) suchen Hof o.ä. (ab 250 qm Wohnfl./Ortsrand/gerne renov.-san.-bedürftig) und Mitwirkende (gerne mit Kindern) für gemeinschaftl. (sozial-landwirtsch.) Projekt - vorrangig in Thüringen/Sachsen/Sachsen-Anhalt. Betreuung/Pflege dort lebender Menschen wäre möglich. E-mail: stefanfrisee@gmx.de, ☎ 0391 40 82 90 94

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Reico-Hunde- und Katzennahrung - von TASSO empfohlen. Feucht- und Trockennahrung ohne chemische Zusätze. Bundesweiter Lieferservice. Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

Verschiedenes

● Kartoffelvielfalt: Besondere Speisekartoffeln (ab 1 kg) oder Pflanzkartoffeln (ab 25 kg): blauer Schwede, Bamberger Hörnchen usw. bieten wir zum Kauf an. Bestelllisten können angefordert werden. Biolandhof Ellenberg, ☎ 05806-304, Fax: -1250, E-mail: Kartoffelvielfalt@t-online.de, www.kartoffelvielfalt.de
Linda-Pflanzkartoffeln sind ausverkauft, Bestellungen für 2011 werden gerne entgegengenommen.

● Alte Dorfstruktur in SW-Frankreich. FEWO für 2 P. oder FEHAUS für 6 P. Großer, nicht einsehbarer Garten. Atlantikstrandstrände in 80 km. ☎ 0521-4186, www.ARRAMIS.de

Veranstaltungen

Mitgliederversammlung AbL-Bayern

31. Januar 2010, Kirchdorf
Als Referent geladen ist Benedikt Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und Mitautor des Weltagrарberichts.
10 Uhr in Wirt z'Moosham, Isener Str. 4, 83527 Kirchdorf in Oberbayern, s 08072 95820, 13.30 bis 16.30 Uhr: Mitglieder-versammlung mit Neuwahlen

Deutschlands Platz in der globalen Landwirtschaft

05 bis 07 Februar 2010, Loccum
Loccum Landwirtschaftstagung
Ev. Akademie Loccum, ☎ 05766 81-0, Fax: -900, www.loccum.de

Bundestagung

„Lernort Bauernhof“
05 bis 07 Februar 2010, Altenkirchen
Vernetzung der Lern- und Schulbauernhöfe in Deutschland
Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681-951623, Fax: -70206, www.lja.de

Wintertagung Agrarbündnis MV

03. März 2010, Güstrow
Auf der landesweiten Fachtagung wird der Ökolandbau als das mögliche Leitbild einer zukünftigen europäischen Agrarpolitik vorgestellt, Effekte bei Klima-, Arten- und Bodenschutz erläutert. Nachmittags präsentieren sich vier erfolgreiche Beispielbetriebe aus Mecklenburg-Vorpommern (MV). von 10 bis 16 Uhr in Güstrow, Bürgerhaus. Programm, Anmeldung: Dr. B. Roloff, BUND-Landesgeschäftsstelle, ☎ 0385 521339-0, www.bund-mecklenburg-vorpommern.de/startseite/themen_und_projekte/landwirtschaft

Jahreshauptversammlung

Abl RLP-Saarland
07. März 2010, Ulmen
„Regionale Erzeugung statt globaler Märkte“
ab 10 Uhr 30 in der Gastronomie St.Martin, Eifel-Maar-Park 2, 56766 Ulmen, im Anschluss ab 15 Uhr Jahreshauptversammlung des Landesverbands ABL-RLP-Saarland

Saisonal und regional.

07. März 2010, Bad Herrenalb
Staatssekretärin Gurr-Hirsch wird über die Vorzüge regionaler und saisonaler Lebensmittel sprechen. Vorgestellt wird ein Kochbuch, das sich an den Sonn- und Feiertagen des Kirchenjahres orientiert. Evangelische Akademie Baden, ☎ 0721 9175-352, Fax: -25352, www.ev-akademie-baden.de

Dankwallfahrt in Altötting

13. März 2010
Nach der Bittwallfahrt im März 2009 in Altötting ist in ganz Bayern kein Tier mehr an Blauzungenkrankheit zu Schaden gekommen. Deshalb bedankt sich die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Abl für die Fürbitte der Mutter Gottes in Altötting mit einer Dankwallfahrt. 10 Uhr 30 Dank-Gottesdienst in der Basilika Sankt Anna. Ab 14 Uhr veranstaltet die Abl-Bayern eine Podiumsdiskussion zum Thema: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein - deshalb: Bauernhöfe statt Agrarfabriken.“
www.bauernwallfahrt.de

Frühjahrstagung der AbL-Niedersachsen

Den Weltagrарbericht ernst nehmen oder geht uns Bauern das nichts an.

Mit Vorträgen von:

Benny Haerlin (Zukunftsstiftung Landwirtschaft) und Berit Thomsen (AbL)

Beginn 10 Uhr Hotel Grüner Jäger in Verden
13 Uhr Mittagspause
ab 14 Uhr AbL-Mitgliederversammlung

Milchtagung 2010

Von AbL, KLJB und Universität Kassel
Montag, 1. März 2010, 9.30 Uhr - 16.30 Uhr
In der katholischen LVHS Hardehausen,
34414 Warburg-Hardehausen

mehr Informationen siehe Programm Seite 7

Offene Jahrestagung der AbL-Nordrhein-Westfalen

Montag, den 22. Februar 2010,
von 13:30 - 16:00 Uhr
Haus Wigger, Vorm Bahnhof 4,
57489 Drolshagen-Hützemert

Benny Haerlin: Vorstellung des Weltagrарberichts
Zukunft durch bäuerliche Landwirtschaft
in Nord und Süd!

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf:
Der Kampf um die Zukunft
bäuerlicher Milcherzeugung in Europa

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich, politisch und finanziell unabhängig und nimmt keine Gelder von Regierungen, Parteien oder der Industrie.



Für unseren Themenpool suchen wir zum 1.3.2010 eine/n

Campaigner/in für Landwirtschaft und Gentechnik

Aufgaben

- Kampagnenstrategien für nationale und internationale Projekte zu Gentechnik, Landwirtschaft und Verbraucherschutz entwickeln und implementieren
- Wirkungsvolle Ansätze zur Beeinflussung und Veränderung der Politik und Wirtschaft mit dem Ziel naturnahe Landwirtschaft entwickeln
- Initiativen und Projekte entwickeln und umsetzen, um das öffentliche Bewusstsein für die Zerstörung der Umwelt und der Ressourcen zu erhöhen und Menschen dagegen zu mobilisieren
- Die Greenpeace-Positionen und -Botschaften in der Öffentlichkeit und in den Medien vertreten

Wir erwarten

- Eine starke, kämpferische Persönlichkeit, die gerne öffentliche Debatten provoziert ohne das (strategische / politische) Ziel aus den Augen zu verlieren
- Einen Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium einer relevanten Fachrichtung, Berufserfahrung und soliden naturwissenschaftlichen Kenntnissen
- Einen klugen Kopf mit der Fähigkeit zu strategischem und analytischem Denken und Erfahrung in Kampagnenentwicklung und -durchführung
- Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit, Recherche und Medienarbeit
- Eine ausgeprägte Teampersönlichkeit mit starken Nerven, die auch in schwierigen Situationen einen klaren Kopf behält und keine Konflikte scheut
- Sehr gute Englischkenntnisse
- Identifikation mit den Zielen von Greenpeace

Wir bieten Ihnen

- Den Reiz einer internationalen, aktionsorientierten Organisation anzugehören
- Die Chance zu umweltpolitischen Veränderungen beizutragen
- Einen sehr abwechslungsreichen Job in einem professionellen Team mit viel Platz für eigene Ideen
- Ein angemessenes Gehalt und gute Möglichkeiten der Weiterbildung

Haben Sie Interesse?

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung unter dem Stichwort "CampaignerIn LWS".

Greenpeace e.V.

Personalbereich, Ingrid Meyer, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
personal@greenpeace.de www.greenpeace.de



Stellenausschreibung Redaktion Unabhängige Bauernstimme

Zur Verstärkung unseres Redaktionsteams suchen wir zum 1. April 2010 eine/n engagierte/n Mitarbeiter/in.

Wir wünschen uns eine teamfähige, motivierte Persönlichkeit mit Interesse an agrarpolitischen Zusammenhängen und Diskussionen sowie der Fähigkeit, diese schriftlich zu formulieren.

Die Stelle ist als Schwangerschaftsvertretung auf 12 Monate befristet.

Wir bieten eine vielfältige Tätigkeit innerhalb der Zeitungsredaktion und der Verlagsarbeit mit vielen Einblicken in aktuelle agrarpolitische Entwicklungen und Debatten.

Schriftliche Bewerbungen bitte bis zum 22. Februar 2010 an den AbL-Bauernblatt-Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Telefon 02381 / 492288
verlag@bauernstimme.de
www.bauernstimme.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218
Geschäftsstelle: Norbert Worm, Römerstraße 1, 54568 Gerolstein, Tel.: 06558/8621, Fax 06558/900218, e-mail: bnworm@t-online.de, www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Wolfgang König, Tel.: 09921/2843, e-mail: abl-bayern@web.de; Edith Liersch, Tel.: 08562/870
Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, www.abl-bayern.info
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Regionalgruppe Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; konrad.zanklmaier@vr-web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel/Fax: 09265/7198

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 91,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 126,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 36,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 61,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Schmähung des Geizes

Ich bin doch nicht blöd.
 Du bist doch nicht blöd.
 Geiz ist blöd.
 Geiz macht blöd.
 Geiz ist nicht billig.
 Geiz ist teuer.
 Geiz macht arm.
 Geiz macht hungrig.

Geiz tötet.
 Menschen.
 Kinder.
 Bauern.
 Wanderarbeiter.
 Länder.
 Tiere.
 Die Eine Welt.
 Unsere Welt.
 Mexikanische Wochen.
 Los Wochos.

Geiz macht geil.
 Geiz macht Dich arm.
 Ich. Ich. Ich.
 Nichts wie hin.
 Nichts wie weg.
 Geiz macht einsam.
 Geiz macht blind.
 Geiz macht dumm.
 Im Sonderangebot.

Geiler König Kunde.
 Raffzähne.
 Nicht verschlucken.
 Leere Warenfülle.
 Öde Konsumscheunen.
 Mogelpackungen.
 Netto Lidl Plus Aldi.
 Rewe Real Metro Edeka.
 Saturn Mediamarkt & Co.
 Penny-Fuchser.
 Schnäppchenjagd.
 Qualität über alle Berge.
 Schaler Ausverkauf.
 Sale. Factory Outlet.
 Das ist nicht mein Laden.

Mensch ist was mensch isst.
 Armseliger Geizkragen.
 Geiler Geizhals.
 Hals voll.
 Alles muss raus.
 Unseliger Geiz.

Immer eine gute Suppe?
 Die Suppe lügt.
 Bauernglück?
 Landliebe?
 Wiesen-Höfe?
 Gutes vom Bauern?
 Von frei laufenden Bauern?
 Wir lieben Lebensmittel?

Alles inclusive?
 Fünfzig Prozent auf alles.
 Außer Tiernahrung.
 Nix da.
 Ohne mich.
 Das kauf ich euch nicht ab.
 Mehr ist weniger.
 Weniger ist mehr.

Kein Geiz-Zwang durch Armut!
 Keine Niedriglöhne.
 Keine Niedrigeinkommen.
 Genug Grundeinkommen.
 Für faire Erzeugerpreise.
 Für mehr Hartz IV.
 150 Prozent auf alles.

Mach Dein Ding.
 You can do.
 We can do.
 Sein statt Haben.
 Yes we can.
 Wir hassen billig.
 Sei fair.
 Werte statt Preise.
 Leben.
 Ich liebe es.

Eckehard Niemann

Foto: low500/pixelio

02/2010

unabhängige bauernstimme: alles außer billig

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221